

Die Atomkraft wird immer weiter auszunutzen. Hoch ist in Kopenhagen, "anerkannter" Vordenker, im Vorfeld des 19.2.1957, die Bevölkerung vor den AKW-Gegner nach litze

Die Atomkraft wird immer wieder versucht, Widersprüche in unseren Reichen auszunutzen. Koch ist nicht vergessen, wie der damalige BRD-Chef Wüstenhagen, "amerikanischer" Vertreter und Ansprechpartner für die Gegenseite, im Vorfeld des 19.2.77 noch vor der Springer-Presse und Kanzler Schmidt die Bevölkerung vor den anrückenden Chaoten warnte und die wahren AGW-Gegner nach Itzehoe aufrief...“ (S.24)

„...Eine Kontrolle gewählter AEW-Gegner ist allenfalls auf kommunaler Ebene denkbar, nicht aber bei einer Bundestagkandidatur. Der Idee des Parlamentarismus, die politischen Aktivitäten des einzelnen auf das Ausfüllen von Wahlzetteln zu reduzieren, wird durch eine Wahlbeteiligung-Vorschau geleistet...“ (S.24)

"...Wir können nicht Menschen davon überzeugen, daß Parteien nichts taugen und daß sie ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen sollen. Indem wir ihnen eine gute, grüne Partei hinsetzen, von der sie sich, mal wieder, vertreten lassen sollen." (5,24)

grünen Parteien, die sich schließlich unter harten ideologischen Kämpfen auf die "GRÜNEN" einigen, auf die seit Jahren bestehende Umweltbewegung draufbieten sich natürlich als "Arm" der Bewegung an, lähmen den Schwung, ziehen die Aufmerksamkeit aller auf sich mit ihrem parlamentarischen Spektakel. Was daraus wahrscheinlich werden wird, siehe Kosten Atomexpres.

Sicherlich ist keine Prophezeiung sicher, wir wollen unsere Gedanken zur Diskussion stellen; Wir wollen auch keinem GEHÖREN die ehrenwerte Motivation absprechen, die Welt zu verbessern, nur sollten wir so langsam aus der Geschichte lernen! Und die lehrt uns, daß uns niemand besser vertritt als wir selbst.

Der Widerstand, auf den sich die GRÜNEN drauf gründen, besteht ja schon, sie können nur Kräfte abziehen; und Propaganda kann man an anderen Plätzen als dem Parlament genauso machen. Übrigens, was den Widerstand angeht

Letzte Meldung:

2.4-4.4.83 in
München: Deadi's
(Tut was!) Was!

Contact: D. W. Committee, 1125 1st St. N.

Am Samstag, dem 5.3.83, 14.00 Uhr findet in der Kronenstr.9, (Umweltzentrum) in Karlsruhe ein Vorbereitungstreffen Süddeutschland für die nationale Großdemo am 2.6.83 gegen das Kernforschungszentrum Kfz statt.

Der Weg zur Massenorganisation

2 DM

KTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN

RUB Bochum

What a thorough
of Administration

82D 2319





INHALT:
diesmal unten auf der Seite ↓

Anzeigen

AKTION (Region Mitte & Nord)
Rottlinstraße 11
6 Frankfurt/M.
oder
Postlagerkarte 031 301 B
6 Frankfurt/M. 17

D. Fußler (Region Süd)
Postfach 2442
75 Karlsruhe 1
oder
Freie Leihbücherei
Klausprechtr. 27
75 Karlsruhe

K. Cohrs
Postcheckkonto 3337 97-601
Pacha, Pfa.
BLZ 500 100 60

Die **AKTION** erscheint alle 2 Monate zum Preis von 2 DM. Abon nur gegen Vorauszahlung auf unser Konto. Bei Bestellung von Einzelheften auf den Betrag in Briefmarken beilegen. Für Anzeigen ist die Preisliste vom Juli/August 82 gültig. Für Behörden und Institutionen liegt der Abo-Preis bei 6,30 DM und 12/60 DM.

Häufige Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Wir suchen noch Wiederverkäufer für unsere Zeitung u.a. für folgende Städte:
Aachen, Würzburg, Nürnberg, München, Berlin, Köln, Bremen, Lübeck, Wilhelmshafen, Saarbrücken, Tübingen, Freiburg, Heidelberg, Hannover, Kaiserslautern, Göttingen, Essen, Braunschweig, ...
Dort werden bisher keine, oder zu wenig Hefte verkauft. Wer Interesse hat, soll sich melden, es gibt ab 5 Exemplaren 50% Rabatt (also 50 Pfennig pro Heft), dafür zahlt ihr dann das Porto.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abosenders, bis sie den Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Hebe-Nahme" ist keine persönliche Ausgehändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abosender mit dem Grund der Nichtausgehändigung zurückzusenden.

FAU direkteaktion

Alle 6 Wochen erscheint unsere Zeitung **DIREKTE AKTION**. Wir bringen insbesondere Artikel, Kommentare und Diskussionsbeiträge zu folgenden Themen:

- Nachrichten aus der Arbeitswelt
- Ökologie - Friedensbewegung - Knast
- Internationale Nachrichten mit Übersetzungen aus zahlreichen libertären Zeitungen des Auslandes
- Serien (z.B. über Rationalisierung; anarchistische Pädagogik; Literatur u.a.)

Abos nur gegen Vorkasse
12 Ausgaben 22,- / 6 Ausgaben 11,-
Pschkto. KdN 249670-504,
R. Aurand, "Sonderkonto"

Probexempl. gegen 1.-DM Porto bei:
Initiative FAU, Postlagerkarte 073654 A
4600 Dortmund 1

schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE
VIERTELJAHRESSCHRIFT

Der **SCHWARZE FADEN** soll ein Diskussionsforum für diejenigen anarchistischen Intellektuellen, Autoren und Übersetzer sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen. Wir halten es für notwendig, die Geschichte und Gegenwart der Anarchismus, aus der (nicht zufälligen) Befreiungshilfe kritisch aufzuarbeiten - wir sind der Auffassung, daß diese Aufarbeitung zu notwendigen Beiträgen, sich von den wichtigsten Erfahrungen abzuscheiden, aber auch neue, bisher unbekannte Erfahrungen zu machen eine faktische Notwendigkeit ist. Die Fortsetzung ist im nächsten Heft zu lesen.

Themen von Nr. 8 (2008/82): Interview mit Augustin Sauer, Genuß Anarchismus, Anarchismus und die Arbeiterbewegung, Multikulturalismus (Gutierrez), Ökonomie, Anarchismus, Ökonomie und Technik, Sozialismus, Anarchismus (Harris gegen Agard), Anarchismus, Libertäre Werte, Knast, Friedensbewegung, usw. (50 Seiten)
Themen von Nr. 9 (2009/83): Anarchismus und die Arbeiterbewegung, Multikulturalismus, Ökonomie, Anarchismus, Ökonomie und Technik, Sozialismus, Anarchismus (Harris gegen Agard), Anarchismus, Libertäre Werte, Knast, Friedensbewegung, usw. (50 Seiten)

Preis: 4,- DM (im Briefmarken beilegen)
Bestellf. 14. August 82, 15. 82
BENIGG SP, 7410 Reutlingen,
Job. Webermarkstr. 3

ABO

Allen, die dieses erlesene Blatt regelmäßig in die Finger kriegen wollen, sei nochmals ein Abonnement empfohlen:
8 Nummern = 15 Mark
12 Nummern = 20 Mark
Die Anmerkungen auf Ministerposten nach der Revolution ist in Abo-Preis enthalten! Sofort nach dem Eingang des Geldes auf unserem Konto bekommt ihr die Ausgabe der zugewiesen.
Konto: K. Cohrs
Postcheckkonto
3337 97-601
Pacha Pfa.
BLZ 500 100 60.

	SEITE
Briefe	4
Terror in Wuppertal	4-5
Selbstorganisation der Zivildienstleistenden im Strich	6-7
Ausländer - die Situation und die Wahlen	7-9
Ein Gespräch mit Alexander Schubert	9-11
Volksbildung - Boykott!	12-13
Für eine autonome Gewerkschaftspolitik	14-16
Des kleinen Mannes James Bond (3) - Boulevard	17
Polen - Ökonomisch, kriegsrechtlich, menschlich...	18-21
Der Krieg gegen die amerikanische Indigenenbewegung	22-24
500 Pfund Direct Action	26
Fortsetzung des Gesprächs mit Aschu	24-25
Buchvorstellung: B. Frauen; Die Baumwollpflücker	26-27
Antipädagogik	28-30
Kommentar zum Titelbild	30-32

WÄHLEN

Wahlplakate gegen Wahlplakate,

Wahlparolen gegen Wahlparolen,

Waschmittelwerbung gegen Waschmittelwerbung,

Wahlagitator um deine Stimme !!!

Wofür sind eigentlich parlamente da?

Die Funktion des parlaments besteht darin: Kompromisse zwischen gegenständlichen Interessen der gesellschaft zu finden - Kompromisse im Rahmen der staatlichen Ordnung, d.h. auf dem Boden bestimmter festgeschriebener Machtverhältnisse. Wer aber bei diesen Kompromissen als Sieger hervorgeht, dürfte bei Themen wie Startbahn, WAA, Betriebsarbeit, Ökologie nicht schwer zu erraten sein.

Viele haben in Basisaktionen, z.B. Bi-arbeit gelernt, daß ihre Interessen, entgegen aller parteiparolen vom Staat nicht vertreten werden, daß wirkliche Änderungen und Verbesserungen nur gegen den Staat,

Es wird zwar von befürwortern einer basiskandidatur immer wieder das imperative mandat beschworen, wonach die gewählten den beschlüssen der basis verpflichtet wären. Dies wäre eine glaubhafte Rechtfertigung für eine wahlbeteiligung, doch bleibt den befürwortern nur die vage hoffnung, daß es dieses mal mit der "ehrlichkeit" der parlamentarier besser klappt (es gibt schon jetzt bei teilen der grünen parlamentarier bestrebungen, berufspolitiker mit geregelten dikten zu werden). Innerhalb des bürgerlichen parlaments gibt es keine rechtliche grundlage für das imperative mandat. Die gewählten sind letztlich nur ihrem gewissen verpflichtet. Dies wird durch eine höchstschmerzliche entscheidung des



durch eigene aktionen erreicht werden, warum soll man/frau diesen lernschritt durch teilnahme an den wahlen wieder zurücknehmen. Selbst wenn man/frau mit seiner stimme erreicht, daß das "kleinere Übel" an die macht kommt, verhält es im besten fall das verhältnis vom vorher unterdrückten in den später bevormundeten, aber im grunde bleiben die alten machtsstrukturen - "von oben nach unten" - bestehen.

bundesverfassungsgerichtes von 1979 bestätigt; Danach ist die abberufung einzelner personalratsmitglieder durch die mehrheit der wahlberechtigten oder einer gewerkschaft (wie sie nach dem personalvertretungsrecht der stadt Bremen möglich war) verfassungswidrig, da sie ausdruck des rätegedankens sei !!!!! Wie so oft werden auch bei diesen wahlen die jugendlichen nicht berücksichtigt. Es scheint als seien

KEINE STIMME, KEINE STIMME,

SCHWEIGESTIMME

sie für die parteien uninteressant, da sie kein stimrecht haben, doch wird gerade bei ihnen der unterschied zwischen selbstbestimmung und "interessenvertretung" am deutlichsten gezeigt. - sie dürfen sich nicht einmal ihre unterdrücker aus suchen. Die parlamentstätigkeit widerspricht dem anpruch auf mehr direkte demokratie. Es geht doch um selbstbestimmung, direkte interessendurchsetzung - nicht um vertretung und delegation. Entscheidend ist, daß atomkraftwerke, altstadterweiterung (wohnumvermehrung), startbahn west etc. an ort und stelle verhindert werden - und das freie jugendhäuser, kinderland und freie abtreibung erkämpft werden, nicht, daß irgendwelche vertreter im parlament ihre meinung dazu abgeben können !!! Wenn wir aktiv sind kennt das parlament ohnehin unsere positionen. Aber auch eine direkte positionsdarstellung im parlament wäre bedeutungslos, da dort nicht der ort der entscheidungsfindung ist, sondern meist schon im vorfeld entschieden wurde, was dann "das hohe haus" nur noch der form wegen bestätigt. Wer's nicht glaubt, der soll mal eine parlamentsdebatte aufmerksam verfolgen (und sicherheitshalber vorher aufschreiben, worum es eigentlich dabei gehen soll).

Die alternative besteht nicht in dieser oder jener partei, zwischen unterdrückt oder bevormundet werden, sondern als direkt betroffener selbstständig zu handeln. Anstelle dazu bieten verschiedene basisaktivitäten, wie stadtteilgruppen, mieterräte, frauengruppen, autonome betriebgruppen, verschiedene kollektive, föderationen usw.

Verteidigt eure interessen selbst !!!

Wählt ungültig !!!

FAI
Föderation Anarchistischer
Initiativen

POST



Hallo Leila!

Du hast Gedanken und -fetzen in Deinem Artikel aufgereiht, die mir auch oft so oder ähnlich durch den Kopf gehen. Und Deine Gedankenkette könnte man weiterführen, bis ein dickes Buch mit Fragen, Gedanken und Zweifeln entsteht, eine Art Fortsetzungsgeschichte. Manchmal mag ich gar nicht mehr darüber nachdenken, wieviel Scheiße hier und anderswo läuft und was noch auf uns zukommt. Dann möchte ich sein wie meine Mutter oder viele andere Frauen: Ehefrau, Hausfrau, Mutter in "geordneten" Verhältnissen, nur bis zum nächsten Mittagessen, bzw. bis zum Monatsende denken - reichen die Kohlen? - Manchmal ein bliechen Verwunderung oder Angst bei der Tagesschau empfinden, aber dann doch wieder denken, daß man ja nichts machen kann und daß "die da oben" schon wissen, was richtig ist, schon den Überblick behalten. Und dann kommt mein Dickkopf

wieder durch, und ich weiß, daß ich weder zurück kann, noch zurück will in diese stumpfe Resignation, daß ich zu viele Gedanken und Gespräche hatte, die mich verändert haben. Ich will nicht resignieren, "denen" das Feld überlassen. "Denen", das sind die "Bestimmer" da oben und die "Ja-sager" hier unter uns. Ich will mich wehren, will wenigstens laut "Nein" gesagt haben, wenn ich "Nein" meine. Auch wenn ich mir manchmal dabei vorkomme wie das trotzigste Kind, das schreit und mit dem Fuß aufstampft und gegen die mächtigen Eltern nichts erreicht. Aber solange ich noch fähig bin, "trotzig aufzustampfen" und merke, daß es andere auch tun gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß wir mehr werden, und daß mehr Trotzköpfe auch mehr Kraft haben und mehr erreichen können. Das mag in den Augen einiger Illusion sein, aber Illusion ist besser als Resignation!

Elke

"Es geht darum, daß der Staat die Autorität des Rechts und damit seine Berechtigung zur Macht: auch zum Gewaltmonopol wahrt. Ein Staat ist keine Diskussionsveranstaltung. Macht und Recht sind nicht Begriffe, über die sich endlos reden läßt...Die Macht kann auch Zustimmung zum Recht erzwingen." (FAZ 26.6.81)

Terrorismus in Wuppertal

Der eine oder die andere wird schon davon gehört haben, daß auch hier in Wuppertal ein Ermittlungsverfahren wegen des § 129a KStG. Dieses Ermittlungsverfahren steht jetzt kurz vor dem Abschluß, die Anklageschriften sind formuliert und verschickt - mit dem Prozeßbeginn im Bunker des Oberlandesgerichtes Düsseldorf ist Anfang 83 zu rechnen. Der § 129a bestraft die Bil-

dung terroristischer Vereinigungen, die sich zum Zweck des Mordes, Totschlags, Völkermordes, der Freiheitsberaubung, der Brandstiftung, der schweren und besonders schweren Brandstiftung, der Herbeiführung von Sprengstoff- oder Kernenergieexplosionen etc. mit Gefängnisstrafe von mindestens 6 Monaten bis 10 Jahren.

Dieses 129a Verfahren wurde be-

Ein Brief aus Griechenland:

- Theodoros Tsouvolakis und Theodoros Pismialis, die wegen bewaffneter Raub, bzw. Hausbesetzung verurteilt waren, sind nach einem langen Hungerstreik freigelassen worden.
- Nikos Malis, der mit Pismialis eingesperrt war, ist noch immer im Knast (wegen Hausbesetzung). Damit er nach 2/3 der Haftzeit freikommen kann, müssen 100.000 Drachme aufgebracht werden. Hierfür lief im Oktober ein großes Solidaritäts-Koncert in Athen.
- Manolis Britsolakis, der wegen Hausbesetzung, A-Sprühereien und anti-staatlichen Graffitis auf der Insel Kreta 3 Jahre Knast abzusitzen hat, begann einen Hungerstreik, nachdem ihm die Knastwachen gewaltsam die Haare abgeschnitten haben.
- Seyropoulos ist inzwischen frei!
- Siebzehn andere Genossen sitzen a.Z. noch in griechischen Knästen.

Mesc@leros Payen

(Der Brief bezieht sich auf die Berichte in der AKTION 2/82 und 6/82. Die Anarchisten wurden unter dem post-faschistischen Regime Karamanlis, das vor der PASOK regierte, unter den absurdesten Behauptungen verurteilt. Anarchistische Zeitungen mußten vor lauter Demokratie ins Land geschmuggelt werden.) d. Red.

hundert Parolen (von "weg mit dem Dreck" bis zu "Solidarität mit der RAF, 3.6., RZ") gesprüht hätten und für ein Vollbeschäftigungsprogramm der Glaserrinnung gesorgt hätten (vom CDU-Büro bis zu Sex-Shops). Im wesentlichen geht ihre Konstruktion davon aus, daß die in Wuppertal gelaufenen Aktionen von einer ganz bestimmten Gruppe ausgegangen sind, die unter dem (polizei-) internen Namen "Antifa" schon seit etlichen Jahren als feste Gruppe im Tal operiert. Die Anklageschrift hat insgesamt einen Umfang von 240 Seiten, die dazugehörigen Akten umfassen ca. 9000 Blatt, hinzu kommen noch etliche tausend Seiten Spurensakten, 100 Zeugen sind (bis jetzt) geladen, darunter 10 Sachverständige vom BKA. Daß es eine Gruppe sei, wird einzig und allein dadurch "bewiesen", daß keine an der Gruppe im Tal - die zu solchen Taten hätte bereit sein können - gefunden wurde. So gesehen stützt sich die Anklage auch nicht auf konkrete Beweise und Tatzuordnungen, sondern die ganze Anklageschrift ist hauptsächlich von den Gedanken besetzt, die Gruppenkonstruktion zu stützen, konkret also - wer, wann, wo, mit wem zusammengekommen oder demonstriert telefoniert oder weiß der Teufel was - zusammengemacht hat. Es finden sich sogar solch banale Ereignisse, wie das eines beobachteten Umzugs in den Akten wieder. Der Staat rückt hier also in der Richtung einen Schritt vor, mit dem Mittel des § 129 a die Leute nicht mehr auf Grund konkreter Taten, sondern aufgrund ihrer Lebenszusammenhänge, Freundschaften, Bekanntschaften usw. festzusetzen. Strafbares Verhalten wird also mit diesem Paragraphen vorverlegt, in den Bereich von Ansichten, Äußerungen, Absichten und Propaganda. Seine ganz besondere Note erhält dieser Prozeß aber noch dadurch, daß die fest organisierte Guerilla Gruppe natürlich nur in den Köpfen von Generalstaatsanwalt Rosenbaum und einiger Gehirnlakalen vom LKA (Landes kriminalamt) existiert. Vielmehr ist es so, daß sich auf der Anklagebank Leute zusammenfinden, die teilweise (um es mal vorsichtig auszudrücken) erhebliche politische Differenzen zueinander haben, was uns nicht gerade die Prozeßführung erleichtert, gleichzeitig aber auch ein Licht auf die Qualität der Ermittlungen wirft.

Und wirklich, es sträuben sich einem oft die Nackenhaare, liest man, welch abenteuerliche Räuberpläne sie sich zusammengesponnen haben. Aber sie sträuben sich einem eben -, und das Lachen gefriert irgendwo auf den Lippen, denn sie machen ernst und wollen Verurteilungen, worauf der Umfang der gesammelten Ermittler und das Stattfinden vor dem Terrorsenat in Düsseldorf, der für seine Verurteilungsfreudigkeit hinreichend bekannt ist, hindeuten. Das hat hier im Tal ganz konkrete Auswirkungen auf die "Scene". In den letzten Jahren hat sich ja auch hier allerhand entwickelt.

Denken wir nur an die Hausbesetzungen in der Reichshafen/ Farbmühle, Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen, AKW's, gegen die L 410, Aktionen gegen Rekruteneinrichtungen, Aktionen die die politischen und sozialen Gefangenen in ihren Forderungen unterstützen oder an die vielen militanten Aktionen und last not least die Auseinandersetzungen, die sich um die Punkertreffen aufgetan haben, verschiedene Vernetzungsprojekte und und... kurzum, die "Scene" ist in Bewegung geraten. Mit solch einem Mammutprozeß soll eine solche Entwicklung natürlich zurückgeworfen werden, was er auch faktisch jetzt in der Ankündigungsphase ein Stück bewirkt. Ein gewisser paralyisierender Effekt, gerade auch bei einem selbst, ist nicht von der Hand zu weisen, der Prozeß nimmt halt einen gewissen Raum in der täglichen Beschäftigung ein und verbreitet ein unsichtbares, schleichend wirkendes Gift, auch Angst genannt. Und kommen sie wirklich mit ihrer Konstruktion durch und kann dieses nicht wenigstens teilweise abgewehrt werden, so heißt das erstmal für uns, die Betroffenen, einige Zeit Knast, aber auch klipp und klar, daß die Herrschenden sich hier einen Präzedenzfall schaffen, der es ihnen zukünftig noch viel leichter macht, diffuse "Klumpatsche" von Leuten allein auf Grund ihrer Zusammenhänge einzuknastern. Dass das keine wilden Phantastereien sind, beweist am besten der Satz eines der ihnen und zwar von Frank Kitson, einem britischen NATO - General, der sich in Nordirland in anti-subversiver Tätigkeit bewährte und meint: "Die Justiz könnte als eine Waffe im Arsenal der Re-

gierung benutzt werden." In diesem Fall wird sie nicht weiter als eine propagandistische Verteidigung für die Beseitigung unerwünschter Personen sein. Für uns ist es jetzt wichtig eigenmächtig große Öffentlichkeit über den Prozeß herzustellen und ihre Schweinereien bekannt zu machen, so zu versuchen ihnen den Prozeß wirklich auf die Füße kippen zu lassen. Als ersten Schritt, alle beteiligten Personen, Gruppen und Fraktionen auf einer gemeinsamen Veranstaltung zusammenzubringen (?). Noch eins zum Schluss: die ganzen Vorbereitungen auf den Prozeß werden eine Menge Geld kosten, wer was übrig hat und es wichtig findet, der/ die kann es unter dem Stichwort "Schauprozess" auf das Postcheckkonto 3502 24 434 - Essen überweisen. Als letztes fällt mir zu der ganzen Sache noch ein, daß von allen anderen Sachen abgesehen, alles, aber auch jede kleine Klopapier in den letzten 3 Jahren auf unser Konto gehen soll. Also.....

Nach "ANNA", Zeitung bergischer Anarchisten + Anarcho - Syndikalisten



Streik gegen neues Zivildienstrecht



27. Januar. Mindestens 11.000 Zivildienstleistende beteiligten sich nach Schätzungen der Bundeszentrale der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden am Donnerstag an dem bundesweiten Streik gegen das neue Kriegsdienstverweigerungsrecht.

Der Streik wurde auf der Delegiertenkonferenz beschlossen. Es bildete sich ein Komitee, das verschiedene Aufgabenbereiche hatte: Bundesweite Koordination, Öffentlichkeits-(Presse)arbeit, Druckerei, sammeln von Infos, usw.. Es bildeten sich regionale Koordinationsstellen, die Informationen weiterleiteten, in Kontakt mit SO-Gruppen waren, die auf der Delegierten Konferenz nicht anwesend waren.

Überall bildeten sich neue SO-Gruppen, die mit der Bundeszentrale oder den regionalen Koordinationsstellen in Verbindung traten und Informationen austauschten - oder anforderten. Die verschiedenen SO-Gruppen sind völlig unabhängig von den Koordinationsstellen.

Die Bundeszentrale hat die Funktion, die eingehenden Infos zu sammeln und weiterzuleiten. Keine Entscheidungsbefugnis.

Hier zeigten sich die ersten Schwierigkeiten bei den ersten Briefen und Anfragen der neuen SO-Gruppen, die unbedingt beantwortet werden mußten, wo zu diese Stelle jedoch persönlich zu schwach besetzt war. Es blieb keine Zeit immer neue "Streik-Info-Dienste" fertig zu stellen.

So erschien leider nur ein Info-Dienst, der zweite kam wegen Druckschwierigkeiten zu spät heraus.

Die Aktionsformen, wie auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Initiativen blieb den einzelnen Städten überlassen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit teilten sie den Regional-KO's mit, so daß Streik- und Aktionsformen allen SO-Gruppen weitergeleitet werden konnten.

- Unserem Unmut Luft zu verschaffen, gegen diese Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerung, der Einführung militärischer Strukturen in den Zivildienst und der zunehmenden Militarialisierung der Gesellschaft.
- Der Streik richtet sich nicht gegen Dienststellen und Menschen, die auf die Hilfe der ZDL angewiesen sind, sondern gegen den Gesetzgeber und seine Aufsichtsbehörde, das BUNDESAMT FÜR DEN ZIVILDIENT (B.A.Z.).

Durch ihre Betroffenheit über das neue ZD - Gesetz, solidarisierten sich viele Behinderte mit den Streikenden, da sie erkannten, daß auch sie unter dem Gesetz zu leiden haben! Einige beteiligten sich an den Demonstrationen, andere machten z.B. Termine mit dem Behinderten-Transport aus, um diese dann kurzfristig wieder abzusagen usw..

Als beispielhaft möchte ich die Struktur des Streiks anführen.

Auf der Bundesdelegierten-Konferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, am 11./12. Dezember 82, wurde ein bundesweiter Streik für den 27.1.1983 beschlossen, falls das Gesetz über die Neuordnung des Anerkennungsverfahrens und des Zivildienstes verabschiedet wird. Die Versuche, vor der Verabschiedung, Einfluß auf die Entscheidung über Koalition zu nehmen und Öffentlichkeit herzustellen, blieben, wie nicht anders zu erwarten, ohne Erfolg. Die Aktionen am Tag der Bundestagsdebatte blieben ebenfalls ohne große Öffentlichkeit.

- Klar war für uns, wenn wir streiken, dann nicht mit der Illusion, dadurch das Gesetz kippen zu können.

So waren die Streikvorbereitungen und die Aktionen am Streiktag darauf ausgerichtet: - neue Bündnispartner zu finden, die unseren Vorstellungen vom KDV noch größere politische Geltung verschaffen können.

So war der Streiktag auch mit einem Haufen verschiedener Aktionen übersät, jede Gruppe wählte sich die Sachen aus, von denen sie sich am meisten Wirkung versprach. Einige Beispiele davon:

- Scheinverhandlungen auf den Straßen,
- Besuche bei den zuständigen CDU-Abgeordneten,
- öffentliches Streikfrühstück
- Misthaufen vor dem Rathaus (die Marburger...)
- Straßentheater,
- Demonstrationen,
- militärisches Straßenkehren,
- Info-Stände,
- Mahnwachen,
- Sarg durch die Stadt tragen,
- Grundgesetz begraben,
- Hungerstreiks,
- Schweigen (?)

In Düsseldorf fuhren ZDL mit ihren Dienstwagen zum Flugblattverteilern in den Fußgängerzonen herum; in Landau probierten 8 ZDL aus, ob die Androhung des BAZ wirklich stimmt, alle Leute die streiken - egal ob den ganzen Tag, oder eine Stunde - zu bestrafen: sie streikten eine Minute und zeigten sich selber an. Ob das BAZ sich entblödet
.....

Die einzelnen Städte und Gruppen meldeten der "Zentrale" die jeweilige Streikzahl, die Aktionen usw., was aber noch nicht leicht klappte, da das Telefon hoffnungslos überlastet war.

Am 27.1. gab es in ca. 250 Städten und Dörfern Aktionen mit einer Streikbeteiligung von 11.000 bis 12.000 ZDL!

Natürlich blieb auch die Repression an diesem 27. nicht aus; so wurde eine Info-Stand Gruppe in Oldenburg vom Verfassungsschutz gefilmt, in Wuppertal wurde eine Gruppe unter Androhung polizeilicher Gewalt am verteilten ihrer Flugblätter gehindert usw..

Das BAZ ließ es sich (UNS!) etwas kosten um gegen den Streik vorzugehen. Heiner, dem Geißler sein Rundbrief an alle ZDL und die "Sonderinformation 1/83" kommen mit Druck und Porto auf gute 20.000 DM, dazu kommt noch ein Heer von Regionalbetreuern und hohen Beamten aus Köln, die auf Deutschland-Tournee gingen und alle größeren Dienststellen besuchten. Spesen, Übernachtungskosten, Fahrtkosten usw. dieser grauen Herren können auf etwa (!) 700.000 DM veranschlagt werden.

Nur in wenigen Städten hat die Arbeit dieser Leute Früchte getragen, ganz andere Meldungen überwiegen!

- Schickt uns Infos über den Stand der Streikvorbereitungen, wußten bis heute noch nichts von Streik, aber das BAZ war so nett uns darüber zu informieren.

Die Einzelrichtungen gingen von der Androhung von Arrest wegen Nötigung einer Dienststelle über Strafanträge, Disziplinarmaßnahmen bis zu Strafanträgen wegen unterlassener Hilfeleistung.....

Es bleibt festzuhalten, daß Streiken SPASS MACHT, und daß wohl alle aktiven ZDL das Gefühl bekommen haben, aus ihrer Ohnmacht gegenüber dem "Gesetzgeber" herausbrechen zu können.

Abkürzungen:

- ZDL - Zivildienstleistender
- KDV - Kriegsdienstverweigerer, Kriegsdienstverweigerung
- BAZ - Bundesamt für den Zivildienst
- SO - Selbstorganisation der ZDL

KONTAKT:

Selbstorg. d. ZDL
Hochstraße 56
6000 Frankfurt/M. 1

IN DEUTSCHLAND NICHTS NEUES

TEIL ZWO

Sie schreien "Feuer" und gießen zunehmend unverholener Benzin in die Flammen. In der Zeit ökonomischen Niedergangs und eines drohenden ökologischen und militärischen Kollaps haben Demagogen Hochkonjunktur. Sie wissen die Stimmung einzuschleichen, Ängste und Aggressionen auf Menschen zu lenken, die am allerwenigsten für diesen Zustand verantwortlich sind, sich am allerwenigsten gegen das Kaltschweigen als Sünderböcke wehren können: AUSLÄNDER!

Ja, wir sind inzwischen über vier Millionen Ausländer. Wir sind überwiegend Arbeitnehmer und unsere Familien. Eine große Anzahl von uns will nicht mehr in die "Heimat" zurückkehren; und bestimmt nicht nur aus ökonomischen Gründen. Es ist richtig, daß diejenigen unter uns, die noch Kinder in der "Heimat" haben, diese hierher holen wollen. Es ist auch wahr, daß die Geburtenrate ausländischer Kinder über dem deutschen Durchschnitt liegt. Es wird wahrscheinlich so kommen, daß um die Jahrtausendwende, zumindest in den Großstädten, sich stabile und starke türkische und andere Minderheiten etabliert haben werden - wenn nicht vorher grobes

Unrecht gegen uns geschieht.

Seit Jahren ertönen Rufe, die uns und unsere Familien in der deutschen Umwelt als unerwünscht oder gar gefährlich darstellen wollen. Woran liegt das? Sind die Deutschen vielleicht vermurrt, provinziell, fremdenfeindlich oder gar rassistisch? Ich glaube von alledem etwas. Die Deutschen glauben nun, daß sie von den Erzeugnissen überannt worden sind. Sie sind ja gar nicht gefragt worden, ob sie die Ausländer wollen oder nicht. Na ja, und wir sind einfach mit allen Kontrollen von den deutschen Behörden verwaltet worden, jahrzehntelang. Die Deutschen wissen natürlich,



Ausländer in Zivildienst: 20.000 Ausländer in einem Jahr

daß wir ausschließlich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft hierher geholt wurden, und das ab 1960. Die Deutschen denken, eine starke germanische Führung hätte diese "Überwachungs" verhindern können. Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und so guter letzter der Kohl waren wohl nicht "Führer" genug.

Wir haben eine Reihe sozial-politischer Forderungen an die Deutschen und an den deutschen Staat zu stellen, ihr Kern besteht darin, uns als Menschen anzuerkennen. Aber schon diese Forderung von uns scheint für die Deutschen eine seelische Überforderung und Verschleiß zu sein.

In dieser Industriegesellschaft des Westens, sind die Deutschen unfähig, sich unter dem Druck rascher Veränderungen, diesen gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Der Ruf nach Friede, Freude, Eierkuchen ohne die Ausländer, ohne uns, hat nach unserem Verständnis einen "endlosenden" Akzent. Wenn die Deutschen denken, daß die Liberalität dieser Gesellschaft von ihrer "Aufnahmekapazität", d.h. von unserer Anzahl, abhängt und diese Liberalität nur durch die Verringerung der Ausländer erhalten werden kann, dann meinen wir, daß sich diese freiheitliche Grundordnung in eine rassistische Grundordnung verwandeln wird. Die Deutschen haben Angst, den "Charakter der Bundesrepublik als ein Land deutscher Nation" relativieren zu müssen. Wenn aber die Deutschen mit dieser Relativierung beginnen würden, dann wäre dies ein guter Grundstein für die Zukunft der Bundesrepublik. Wir wollen nicht, daß "Türkenwitze" blutiger Ernst werden.

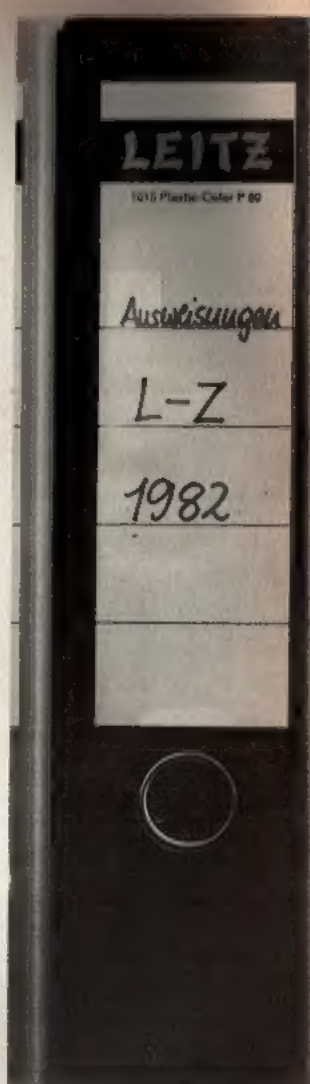
Für die kommenden Bundestagswahlen, am 6. März, wird es keine politische Partei geben, die die Forderung nach politischen Maßnahmen zur Eingliederung der Ausländer stellt. Nicht einmal die Grünen. Denn alle Parteien sind sich in einer Sache einig: An die In-

tegrationsfreudigkeit der Deutschen zu appellieren, heißt Wählerstimmen zu verlieren. Machtpolitik überlistet immer humanitäre Interessen.

Die Grünen müssen wissen, daß die bisherige Entwicklung und die bisherigen Maßnahmen der Ausländerpolitik zu sehr von der Priorität arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte geprägt worden sind, während die nicht minder gewichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten total vernachlässigt wurden.

Können die Grünen, Hoffnung vieler Ausländer, oder wie oder was, die soziale Verantwortung gegenüber von Menschen und ihren Kindern, die schon über eine beachtliche Zeitspanne in der Bundesrepublik leben und einst in der Mehrzahl gewiß angeworben wurden, politisch übernehmen? Haben die Grünen keinen Bock darauf, die groteske Behandlung der Ausländer als eine Variable der jeweiligen Arbeitsmarktlage öffentlich zu diskutieren und dazu Stellung zu nehmen? Wir wollen eine Integrationspolitik, die Aussicht auf Erfolg hat. Zur Zeit sind die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, die einzigen die uns etwas beistehen. Nicht die Anarchisten. Warum nicht eine politische Partei die für einen Freischuß den Kopf hinhält? Wir können nicht quaken, aber Deutsch haben wir schon gelernt. Sogar so gut, daß einige von uns Grundgesetz und Ausländergesetz gelesen uns sehr wohl begriffen haben.

Innenminister Zimmermann und seine Ministerialbeamten machen aus diesem Grundgesetz eine lächerliche Broschüre, wenn sie die Familie so "schützen" wollen, indem sie die Eltern von ihren Kindern trennen. Sie meinen die "armen Türkenkinder" könnten sich ab einem bestimmten Alter nicht mehr integrieren, drum wäre es besser für sie sie nicht zu ihren Eltern in die BRD zu lassen. Warum schützt das Innenministerium japanische, amerikanische, englische Kinder anders als türkische Kinder? Fürwahr: vermurrt, provinziell, fremdenfeindlich und rassistisch!! Das Grundgesetz erweist sich als eine gute Lektüre, um Ausländerfeindlichkeit zu begründen. So auch der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes: für ihn ist die Integration der Ausländer nicht mit dem Grundgesetz vereinbar,



denn "das Profil der deutschen Nation" wird sich mit der Integration "ethnisch fremder Ausländer" verändern. Und "als Teil eines gespaltenen Landes ist die Bundesrepublik verfassungsgemäß verpflichtet, sich von dem anderen Deutschland nicht unumkehrbar fortzuentwickeln". Na dann meine Herren! Aus mit den Türken - Rein in die DDR! In den Ballungsgebieten, wo Deutsche und Ausländer in enger täglicher Lebensgemeinschaft aufeinandertreffen, gibt es besorgniserregende

Phänomene von Ausländerfeindlichkeit, die schon pathologische Formen des Hasses annehmen beginnen. Schüsse sind schon gefallen und tote Ausländer sind zu beklagen. Die politisch Verantwortlichen schweigen dazu.

Ist es denn so schwer diese "völkische" Hartnäckigkeit mit ihren faschistoiden Tendenzen anzuprangern und zu denunzieren? Wahrscheinlich

ja. Denn Ottonormalverbraucher ist sehr träge in seiner Entwicklungsfähigkeit. Die Lernprozesse die nicht verordnet werden, kommen nicht in Gang. Daher ist es sehr dringend, geistige und politische Grundlagen zu schaffen, die eine humanitär gesonnene Gesellschaft entwickeln können. Wenn schon die Christen nicht christlich handeln, Liberalen nicht liberal, Sozialdemokraten unsocial, dann müssen die

Grünen eine Menschenrechts- und Integrationspolitik in ihren politischen und sozialen Zielen einreihen - und nicht nur die Grünen. Als Anarchist würde ich nicht wählen, als Ausländer doch. Aber als Ausländer darf ich nicht wählen. Vielleicht wählt ein deutscher Anarchist für mich die Grünen? Schön wär's...

Lafooa

ein Gespräch

Bei einer Polen-Veranstaltung im letzten Jahr haben wir Aschu u.a. über Selbstverwaltung und Selbstorganisation reden gehört. Dies weckte bei uns das Interesse an einem Gespräch mit ihm.

Für alle, die nicht wissen um wen es sich hier handelt:

- Alexander Schubart, einer der Initiatoren der Arbeitsgemeinschaft "Volksbegehren - Volksentscheid, Keine Startbahn West", ehemals Magistratsdirektor(!) in der Abteilung Bauplanung in Ffm.... Seit der Flughafenblockade im letzten Jahr läuft gegen ihn ein Verfahren wegen "Nötigung eines Verfassungsorgans" und "schweren Landfriedensbruchs" vor dem Staatsschutzsenat in Ffm. In der ersten Instanz wurde das Urteil "zwei Jahre auf Bewährung" gefällt, was seine Kündigung bei der Stadt zur Folge hatte. Die Kosten des Verfahrens, in erster und zweiter Instanz, werden bisher auf ca. 130.000 DM geschätzt. Daher geben wir das, von der Bunten Hilfe, eingerichtete Konto bekannt: Karin Güssler, Glauburgstr. 37, 6 Ffm, Pscha Fim Kontonummer 3625-45 608, "Aschu".

Aktion:

Der Sinn unserer Fragen ist nicht, mit dir etwas Ähnliches zu betreiben, wie es in bestimmten Zeitschriften mit sogenannten VIP's geschieht, sondern einen bestimmten Wandel, oder eine Entwicklung aufgrund von konkreten Geschehnissen aufzuzeigen. Was für ein Wandel des Bewußtseins hat sich in den letzten Jahren bei dir vollzogen und warum?

Aschu:

Was den Startbahn West - Konflikt angeht, so möchte ich, was meine Person anbelangt, nicht sagen, daß er eine Veränderung meines politischen Bewußtseins gebracht hätte. Wir sind von Anfang an in diesen Konflikt hineingegangen, mit dem Bewußtsein, daß wir es mit einer sehr rigiden Staatsmacht zu tun haben, und die Frage, ob wir in diesem Kampf gewinnen können oder unterliegen werden kann man am Anfang dieses Kampfes nicht sicher beantworten. Ich bin also immer davon ausgegangen, daß wir unterliegen könnten. Was wichtig war, war eben die Entwicklung dieses Konzepts vom gewaltfreien Widerstand, das von Anfang an, und für mich auch heute noch, ein gültiges Konzept ist. Was

einmal von dem Prinzip ausgeht, von sich aus keine Gewalt anzuwenden, aber der Umweltzerstörung und der Gewalt des Staates nicht widerstandlos und tatenlos zuzusehen.

Aktion:

Gut, wir müßten dann im Zusammenhang mit der ersten Frage auch noch mehr auf persönliches eingehen! Wir dachten uns, daß wenn eine Veränderung des Bewußtseins in den letzten Jahren noch weiter stattfand, was wir vorausgesetzt hatten, wäre es interessant zu wissen, inwieweit sich dieser Wandel auf dein Verhältnis zur Familie oder zu deinen Freunden oder zu deinen früheren Freunden ausgewirkt hat.

Aschu:

Weder zu meiner Familie noch zu meinen persönlichen Freunden hat sich in den letzten Jahren eine Veränderung ergeben. Das möchte ich also glatt verneinen. Die Auseinandersetzung ist zwar sehr hart und anstrengend gewesen, vor allem das, was sich im Zusammenhang mit diesem Prozeß gegen mich ereignet hat. Es hat schon Diskussionen gegeben auch im Familienkreis, aber keine Veränderung der Verhältnisse.



Aktion:

Man hat dich also auch mit den ganzen Problemen voll akzeptiert?

Aschu:

Das muß ich voll und ganz bejahen. Man kann vielleicht dazu sagen, daß es am Arbeitsplatz Kollegen gibt, die jetzt mir gegenüber vorsichtiger sind, als es vorher waren. Sie wissen ja nicht, wie der Prozeß ausgeht und bängen um ihre eigene Stellung - wo doch heute so viele entlassen wer-



den, Stellen gekürzt werden, so daß man sich zusätzlichen Schwierigkeiten nicht aussetzen will, so daß manche auf Tauchstation gehen, nicht das sie mir Böses wollten, aber "dem Schubart gegenüber halte ich mich etwas zurück, man weiß nicht wie es angesehen würde, wenn es die engeren Kontakte gäbe". Das kann ich von Kollegen am Arbeitsplatz berichten.

Aktion:

In diesem Zusammenhang hätten wir gerne von dir gehört, wie du die Veränderung des Bewusstseins, beziehungsweise des Verhaltens der Leute, die du kennst, zum Staat und zu den Parteien einschätzen würdest; hat es sich sehr verändert?

Aschut:

Ja, also ganz sicher, da gibt es ja nun wirklich handfeste Beweise. Ich bräuhete da eigentlich nur so ein Tonband von der Pressekonferenz abzuspielen, die wir nach diesem Giftgas-, Blut- und Knüttelsonntag am 11. Oktober als Bürgerinitiative gemacht haben. Wo viele Bürger, die man so im Sinne der ehemaligen Innenministers Gries als Vorzeigebürger bezeichnen würde, gesagt haben, daß in der Tat die Auseinan-

dersetzung an der Startbahn West und um die Startbahn West eine Horrende Wandlung ihres Bewusstseins dem Staat gegenüber hervorgerufen hat. Ein Beispiel, typisch für Leute, die sagen, also früher wären sie selber mit im Kreise dieser "Antiterroristenhysterie" gewesen und hätten alle Terroristen auf den tiefsten

Grund des Meeresboden gewünscht. Und heute hatte eine dieser Frauen erklärt, würde sie dem nächstbesten sofort Unterschulupf gewähren, könnte heute ihr Verhältnis zum Staat viel besser nachvollziehen, als sie es noch vor Jahren gekonnt hat. Das scheint mir also bei der betroffenen Bevölkerung typisch zu sein. Es hat sich dort ein Syndrom gezeigt, wo bittere Enttäuschung in totale Ablehnung des Staat gegenüber umgeschlagen ist. Das hat sich ja auch in äußeren Verhaltensweisen gezeigt: Die Leute, die ohne weiteres eingestehen, daß sie, wenn sie mal plötzlich in Zorn sind, sich selbst da draussen, bei Handlungswesen, gewalttätigen Handlungswesen, erblicken, die sie sich selbst früher nicht zugezogen hätten.

Aktion:

Was hältst du von den neuen Praktiken der Anklagebehörden, die

inzwischen in der ganzen BRD praktiziert werden, den willkürlich abgegriffenen Leuten bei Demonstrationenrechnungen zu präsentieren, die die Schänden bzw. die Prügel- und Pausenzeiten der Polizei begleiten sollen? (Angefangene Einsatzenstunden für einen Bullen kostet ca. 36 Mark (?))

Aschut:

Also man kann von diesen Praktiken nur sagen, daß sie, was auch immer sie darstellen sollen, einen horrenden Eingriff in das Demonstrationsrecht darstellen, daß sie eine abschreckende Wirkung für alle haben sollen, die beabsichtigen, entweder jetzt oder in Zukunft sich an Demonstrationen zu beteiligen. Diese Praxis soll zeigen: "Seht Leute, eure Beteiligung an Demonstrationen kann sehr gefährlich sein, wir können auch Rechnungen aufmachen, wovon ihr euer ganzes zukünftiges Leben existenzbedrohend betroffen sein werde". Die Wirkung ist also eine abschreckende. So will man eben erreichen, daß die sogenannten Vorzeigebürger, also diese Massendemonstration, also sehr viele Menschen, wie wir es bei der Startbahn erlebt haben, nicht mehr rauskommen, sondern das sich die Demonstrationen nur noch auf einen harten Kern ohnehin entschlossener Demonstranten reduziert, mit der Polizei glaubt, erheblich besser fertig zu werden, als wenn sie diesen massenhaften Umfang annimmt. Das ist zweifellos mit dieser neuen Praxis gemeint. In Baden Württemberg ist das ja so ausgeartet, daß die da ja schon einen regelrechten Kodex von einer Gebührenordnung aufgestellt haben, was sie einem da alles in Rechnung stellen wollen.

Aktion:

Inwieweit hättest du als Jurist solche Einschränkungen des Grundrechtes für rechtfertigend?

Aschut:

Ich halte sie für ganz und gar unzulässig und verfassungswidrig. Nur, daß ich sie dafür halte, macht die Sache nicht zu einer obsoleten Sache, die praktizieren das einfach. Das sieht man ja, ohne Rücksicht auf Grundgesetz und garantierter Demonstrationsefreiheit.

Aktion:

Jetzt möchte ich etwas zu deinem Prozeß fragen: Was macht eigentlich aus deinem Prozeß, der gegenwärtig gegen dich geführt wird, einen Präzedenz-

fall und wie könnte sich sein Ausgang auf andere, und nicht nur Startbahnprozeß, auswirken?

Aschut:

Also ganz erheblich, denn es ist das erste Mal, daß eine Anklagebehörde aufgrund dieses Tatbestandes "Nützigkeit eines Verfassungsorgans", wegen Anklage und Aufrufs zu einer Demonstration anklagt. Die Funktion ist auch hier wieder - das hat übrigens der Ankläger in seinem Schlußplädoyer sehr deutlich und ernsthaft eingeklagt - das hier zum ersten Mal, aber künftig verstärkt, von diesem Paragraphen 103 Gebrauch gemacht wird. Und er hat wörtlich gesagt: "Künftig weht ein schärferer Wind". Damit ist also ganz deutlich die Absicht umschrieben, von Seiten der Staatsmacht hier Pflichten einzuräumen, gegenüber sozialen Bewegungen, gegen die Gesamtheit der Kämpfe die da stattfinden im ökologischen Sektor, im Friedenssektor, von Frauen und anderen. Die Staatsmacht will diesen sozialen Bewegungen sagen, "bis hierher und nicht weiter" und jetzt Leute wird die Sache gefährlicher als bisher jetzt hört der Spaß auf".

Aktion:

Wie denkst du könnte sich für andere Leute dann diese Anklage durchsetzen, gerade in Bezug auf die Nützigkeit von Verfassungsorganen. Wie wäre es dann in der Praxis?

Aschut:

Ja, in der Praxis könnte jede Demonstration die zu irgendwelchen Blockaden führt und die einen gewissen Druck auf eine Regierung erreichen will, das ist ja etwa bei der Frage Stationierung der Mittelstreckenraketen nicht anders als an der Startbahn West, als Nützigkeit eines Verfassungsorgans ausgelegt werden.

Aktion:

Soweit ich mich erinnern kann, hast du dich für ein Gesetz eingesetzt, daß den angeklagten Startbahngegnern, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, eine Straftat begangen haben sollten, Straffreiheit zugesagt und nicht für Amnestie. Wie ist es dann mit Leuten die nach dem, in so einem Gesetz genannten Datum, angeklagt würden?

Aschut:

Natürlich, die fallen wieder voll unter das Gesetz. Das ist überhaupt nicht zu verhindern, denn ein Amnestiegesetz muß ein Anfang und ein Ende haben.

Aktion:

Also geht es um ein Amnestiegesetz?

Aschut:

Um ein weitlich begrenztes Amnestiegesetz, etwa nach dem Vorbild des Straffreiheitsgesetzes von 1970 wo ein An-

fangs- und ein Enddatum genannt worden sind, das kann zum Bsp. das Inkrafttreten des Gesetzes sein. Das heißt bis dahin werden also generell alle Straftaten in Zusammenhang mit der Demonstration gegen die Startbahn West oder wie immer das definiert wurde, unter Straffreiheit gestellt. Für ein solches Gesetz wäre schon, denn ihr müßt ja sehen ohne dieses Gesetz würden alle bestraft werden.



Aktion:

Wir denken, daß der Staat sich auf so etwas vorbereiten muß - natürlich in seinem Interesse. In diesem Zusammenhang ist zu sehen wie der Staat testet, wie er bestimmte Unruhen unter Kontrolle bringen kann, so z.B. bei den Massenverhaftungen in Nürnberg, oder bei der Vorgehensweise des Staates auf der Startbahn West gegen seine Bürger usw. Was hälst du von diesen Sachen die wir als Tests bezeichnen?

Aschut:

Das halte ich für eine sehr realistische Einschätzung. Dazu gehört übrigens auch mein Prozeß hier. Ganz klar, diese Einführung diese bisher toten, verstaubten Tatbestandes der Nützigkeit von Verfassungsorganen. Aber auch so das generell schärfere und willkürliche Zugreifen, z.Bsp. im

KOMM in Nürnberg. Auch vor allen Dingen diese neuen Praktiken der Überwachung, über die in dieser Woche im Spiegel berichtet wird, die ja ausbaufähig sind. Das ist ja ganz deutlich die Tendenz eines generellen Überwachungsstaats, der gegen alles und jeden, gerade gegenüber aufässigen Minderheiten eingreift. Hier findet eine verschärfte Überwachung im Vorfeld statt, um als besser kriminalisieren zu können. Das halten wir in der Tat für die augenblickliche Strategie. Auch die ungeheuerliche Kriminalisierungswelle, die gegen die Startbahn West Bewegung läuft. Wenn man sich vorstellt, das etwa tausend Verfahren gegen Startbahngegner laufen, das heißt so 1.500, 1.800 Betrof-

nehmen, angar Vermurkte in ihren Bewegungen optisch erfäßbar sind. Das ist nur ein kleiner Vorgeschmack, was der SPIEGEL da berichtet hat, daß man auf den Straßen überwacht ... das läßt sich ohnehin weiter auch in geschlossenen Räumen durchführen. Diese Überwachungspraktiken von allem und jedem, das weißt ja nicht mehr heute

Aktion:

Big Brother is watching you!

Aschut:

...is watching you, all where ... wo immer Du dich aufhältst, steht er und beobachtet dich. Daß wir diesem Zustand nicht nur erst näher kommen, sondern unmittelbar erleben, ist klar.

Aktion:

Auf einer Kundgebung zur Lage in Polen hast du in deinem Beitrag von Selbstverwaltung geredet. Dies war eigentlich der Grund, warum wir ein Gespräch mit dir führen wollten. Vielleicht könntest du nochmal auf deine Vorstellungen von Selbstverwaltung und Selbstbestimmung und dem Kampf darum, in Ost u. West eingehen?

Aschut:

Ja, in der Tat halte ich diese Prinzipien von Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Selbstbestimmung für die tragenden Prinzipien von menschlichem Zusammenleben überhaupt. Nicht nur auf einen bestimmten Bereich bezogen, sondern in allen Bereichen. Sie sind bewußt im Gegensatz zu den herrschenden Prinzipien von Fremdbestimmung aufgebaut. Unser heutiges System beruht ja auf der Grundlage, daß ganz wenige Vertreter in Parlament, Regierung und Gerichten bestimmen, was viele, zuweilen alle betrifft; während die Menschen selbst, die davon betroffen sind, von dieser Art des fremdbestimmten Politikmachens so gut wie vollkommen ausgeschlossen sind. Sie sind nicht Subjekte, sondern nur Objekte des Geschehens. Das ist für mich eine total abzulehnende Art, wie über Menschen bestimmt wird, wenn man von der Vorstellung ausgeht, daß der Mensch eine nicht zu reduzierende Größe ist, der über sich selbst zu bestimmen hat und daß dies niemand anderes zu tun hat. Das es allerdings Notwendigkeiten gibt, das Zusammenleben von Menschen zu regeln, ist klar, nur müssen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung die obersten Prinzipien dabei sein. Das muß im Arbeitsbereich ebenso sein wie im Wohnbereich. Da darf kein Politiker herkommen und sagen, es gäbe übergeordnete Gründe.

(Fortsetzung auf S.24)

Aufruf zum Volkszählungsboykott

An die 500 Mill. soll der ganze SpdB kosten. Noch werden freiwillige Zähler gesucht oder Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst verpflichtet, aber jeder "gute Bürger" eines Staates kann laut Bundesgesetzblatt unter Androhung von Strafe zum Zähler verpflichtet werden. Allerdings sollen sie eine "Entschädigung" bekommen. Und geschult werden sie auch, damit nichts schief geht.

Aber es geht ja um mehr. Diese Befragungsbögen bieten ausgefüllt für alle möglichen Ämter und Behörden einen umfassenden Überblick über je den Bürger/in, die Lebensweisen

und -zusammenhänge (Wohngemeinschaften, "wilde Ehe", Zweitwohnungen usw.), das Einkommen (welcher Art ist es, wird es ordnungsgemäß versteuert, ist er/sie ein staatsgefährdender Schwarzarbeiter?) usw.

Die "Staatsbeschützer" werden ihre Freude an den neuen Erkenntnissen haben und ihre Schnuffellisten auffrischen.

Das Finanzamt kommt dem kleinsten Steuerbetrüger auf die Schliche.

der im letzten Jahr einfach "vergessen" hat, seinen Nebenverdienst anzugeben. Die Aualmänderpolizei sammelt auf bequemste Art neue, umfassende Informationen, die sie im passenden Moment gegen unliebbare Aualmänder einsetzen können. Und da das Statistische Bundesamt auch sehr freigiebig mit seinen Daten ist (Manen bekommt nun keine, aber die Telefonnummern der erfassten Personen!), bietet die Volkszählung, Pardon, -befragung, auch Firmen, Privatpersonen und allen anderen Interessierten gewinnbringend

den Einblick in die Daten Einzelner oder bestimmter Zielgruppen, z.B. dem Versicherungsvertrager, der sich die Telefonnummern von potentiellen Kunden besorgen kann oder dem Firmenfürsorger, der seinen Betrieb verlegen oder erweitern will und anhand der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzstatistiken den für ihn günstigsten Standort herausbekommt. Auch Großprojekte können mit den neuen Erkenntnislagen besser vorbereitet werden. Wo ist der geringste Widerstand zu erwarten? Wohnungsspekulanten und Baugeossellschaften können über die Gebiete, in denen sie Wohnungen besitzen, Mietstatistiken anfordern und ihre Mieten anpassen (was wohl kaum eine Verringerung der Mieten bedeutet).

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, daß durch die Volksabstimmung nur noch überschaubarer, noch manipulierbarer, noch besser verplanbar werden. Und an das heilige Wort vom "Datenschutz" glaubt doch auch keiner mehr. Die "Datenschutzbeauftragten" sind nur machtlose Feigenblätter des Computerstaates, Arbeitsbeschäftigungsanstreben mehr nicht.

Was macht manach gegen soviel Neugier?
Einfach nur angeben, was und wie man will? Da hat der Staat vorge-
mergt, die Zähler sind verpflich-
tet, die Daten zu überprüfen und
können die Fragebögen auch selbst
ausfüllen. Und durch die vorherge-
gangene Wohn- und Arbeitsstätten-
meldung lassen sich falsche Angaben
überprüfen.
Es nützt auch nichts, einfach
"nicht da" zu sein. Die Ausfrager
kommen so lange, bis sie jemanden
entreffen.
Also führt man doch im April im Ur-
laub! Geht auch nicht, es finden
Nachbefragungen statt.

Die einzige wirksame Möglichkeit
ist der Boykott, die totale Verwei-
gerung jeglicher Angaben.
In den Niederlanden führte ein sol-
cher Boykott (laut TAZ v. 24.1.83
30 000 öffentliche und viele heis-

..Bürger Nr.7654YX antwortet nicht mehr



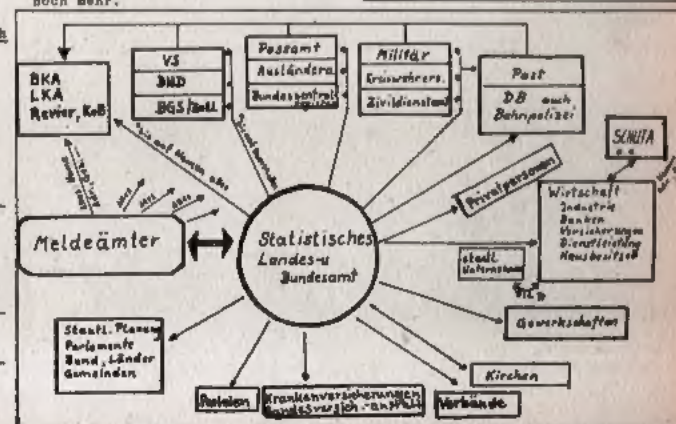
Je mehr Leute den Mut haben, ein-
seln oder in Gruppen öffentlich zu
verweigern, desto geringer wird das
Risiko für den Einzelnen und desto
größer die Chance, mit dem Boykott
wirklich diese ganze Beapitzelung
zu unbieten.

Versuchen wir, das zu erreichen,
was die Holländer geschafft haben:
Massive Verweigerung gegenüber dem
Computerstaat.

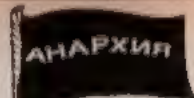
Abschaffung der Volkskälung.



In Hanau ist ein Rhein/Main Koordinationstreffen für Gruppen und Einzelpersonen geplant, die sich mit den praktischen Möglichkeiten und Folgen des Boykotts beschäftigen wollen.
Kontakt: Ruth 06181/26322
Elke " /82719



Torte mit Salz



Ein Gespenst geht um in Deutschland, die GRÜNEN. Nicht nur bei den Mächtigen, auch bei uns den Anarchisten, allenfalls bei Demos mit vielen Schaulustnern oder wenn "Schwarze Blöcke" durch die Straßen ziehen. Dabei wurden von uns gerade "spürbare" Vorschläge gemacht. Vielleicht wird sich jetzt, in einer Situation, wo Daßig und Sozialhilfe keinen Schlupfwinkel mehr bieten, der eine oder andere überlegen, ob er lieber wählen gehen - oder die Ursachen des Übels, die Lohnarbeit und die Herrschaft von Menschen über Menschen, bekämpfen will. Unsere (eure) politischen Selbstbefriedigungskreise haben langsam wirklich nur noch diesen einen Sinn. Jammern über die bösen Verhältnisse nützt nichts, genauso wenig wie die Wahl von "progressiven" Karrieristen und Apo-Opas. Ob irgendwo jemand sein, mit lila (!) Natur-(!) Nagellack, bemalte Händchen erhebt, merke ich, besonders an meines Arbeitsplatz, nicht! Aber auch das Lesen davon in der Zeitung, baut mich nicht

nichts, dafür hört man wenigstens ab und an etwas von ihnen in der Tageschau. Von uns Anarchisten, allenfalls bei Demos mit vielen Schaulustnern oder wenn "Schwarze Blöcke" durch die Straßen ziehen. Dabei wurden von uns gerade "spürbare" Vorschläge gemacht. Vielleicht wird sich jetzt, in einer Situation, wo Daßig und Sozialhilfe keinen Schlupfwinkel mehr bieten, der eine oder andere überlegen, ob er lieber wählen gehen - oder die Ursachen des Übels, die Lohnarbeit und die Herrschaft von Menschen über Menschen, bekämpfen will. Unsere (eure) politischen Selbstbefriedigungskreise haben langsam wirklich nur noch diesen einen Sinn. Jammern über die bösen Verhältnisse nützt nichts, genauso wenig wie die Wahl von "progressiven" Karrieristen und Apo-Opas. Ob irgendwo jemand sein, mit lila (!) Natur-(!) Nagellack, bemalte Händchen erhebt, merke ich, besonders an meines Arbeitsplatz, nicht! Aber auch das Lesen davon in der Zeitung, baut mich nicht

gerade auf - ganz anders wäre es da, wenn eine "Schwarze Zelle" Man Donalds die Fritten mit Zucker gewürzt hätte, oder wenn böse Autoarbeiter z.B. eine Tagesproduktion Benzol ohne Kurbelwellen produziert hätten.....

Damit ist jetzt auch klar, wo ich die entscheidenden Ansatzpunkte (Torte mit Salz, köstlich) sehe im Produktionsbereich, und leider nur da!

Eine anarchistische Gewerkschaft, auch wenn sie lange klein bleiben sollte, bietet uns Möglichkeiten zu kämpfen, und was wir wohl alle brauchen, ERFOLGE zu sehen. Eine anarchistische Gewerkschaft ist nicht alles, aber sie bietet uns die Chance in unserem Lebensbereich, wovon 8 Std. Arbeit ein wesentlicher Teil sind, nicht so jämmerlich und allein dastehen, wie wir es jetzt tun. Dazu brauchen wir keine "Stellvertreter". Gerade jetzt! Eine anarchistische Gewerkschaft ist nicht alles, aber ohne sie? Seht euch doch mal um!

tet (teils aus Resignation, teils aus Bequemlichkeit) letztlich auch wieder auf eine Stellvertreterebene ab und stützt damit den bürokratischen Gewerkschaftsapparat.

Wir wollen jedoch nichts für andere Kolleg(innen) tun, sondern nur mit ihnen zusammen! Und alleiniger Ort für diese Zusammenarbeit ist die betriebliche wie außerbetriebliche Basisarbeit notwendige Organisationsform sehen wir z.B. in autonomen Betriebsgruppen, in denen im Gegensatz zu den DGB-"Einheits"gewerkschaften alle kämpferischen Kolleg(innen) wahrheiten können, egal ob und wenn ja in welcher Organisation sie sonst noch sein mögen. Allein auf dieser Ebene kann es heute überhaupt noch möglich sein, andere Kolleg(innen) wieder zu eigenständigem Handeln, zu selbstbestimmten Aktionen zu motivieren - und zwar in dem man durch das eigene praktische Beispiel vorangeht, und nicht durch Schwätzereien, Kungeleien und Intrigen in irgendwelchen Gremien.



Diese hier nur kurz skizzierten Lernschritte, die wir alle ständig aufs neue anhand der praktischen Ergebnisse überprüfen müssen, sind jedenfalls in der Reihenfolge der zentralistischen und autoritär aufgebauten DGB-Gewerkschaften unmöglich. Denn wie soll sich unter den Mitgliedern die Fähigkeit zu selbständigem Handeln ausbreiten, wenn man ständig von Disziplinierungen und Ausschlüssen bedroht ist? Wenn der größte Teil der gewerkschaftlichen Entscheidungsbildung und -gewalt schlicht und einfach an der Basis verbleibt? Bestes Beispiel hierfür ist ja wohl die Tarifpolitik, die so aussieht, daß die meisten Mitglieder erst durch Fernsehen oder Zeitung erfahren, wieviel sie diesmal fordern. Auf diese Weise werden mehr oder weniger alle Ansätze für eine basisorientierte Gewerkschaftspolitik über kurz oder lang kaputtgemacht oder durch geschickte Kanalisierung unwirksam gemacht. Daher ist es notwendig, sich auch außerhalb der DGB-Gewerkschaften als Anarcho-Syndikalisten zu organisieren. Denn es kann nicht Sinn unserer Arbeit sein, sich im Streben nach Veränderungen in Reibereien und ermüdenden Auseinandersetzungen mit einem Apparat zu verliern und darüber die eigentliche Arbeit notwendigerweise zu vernachlässigen! Wir sind der Meinung, daß es aufgrund der immer wieder gescheiterten Ansätze linker Gewerkschaftsarbeit im DGB (unsere Möglichkeiten dort sind nicht größer sondern kleiner geworden) endlich an der Zeit ist, organisatorische Konsequenzen zu ziehen: nämlich auch außerhalb der DGB-Gewerkschaften gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen.

Wenn wir sagen: "Auch", so meinen wir nämlich nicht, daß nun alle kämpferischen Kolleg(innen) aus den DGB-Gewerkschaften rausgehen sollten. So wie wir dies ja auch nicht tun. Vielmehr machen unsere Mitgliedschaft im DGB davon abhängig, auf welche konkreten Arbeitsmöglichkeiten wir dort stoßen. Denn es ist ja sicherlich noch ein kleiner Unterschied, ob man in einem "fortschrittlichen" Ortsverband der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ist oder reaktionären Gewerkschaften wie der IG Bergbau oder der IG Bau angehört. Dort, wo wir gewisse Freiräume in den DGB-Gewerkschaften vorfinden, benutzen wir diese aber nicht, um Positionen und Mandate zu "erobern" für für andere Kolleg(innen) etwas rauszuholen; wir nutzen solche etwaigen Möglichkeiten, um unsere Ideen unter Gewerkschaftsmitgliedern zu verbreiten, indem wir die Kolleg(innen) zu selbständigem Handeln und zu gemeinsamen Aktivitäten mit uns und anderen Betroffenen auffordern.

Diese Vorgehensweise kann aber eine eigene, freiheitliche gewerkschaftliche Organisation außerhalb der heute bestehenden Gewerkschaften nicht ersetzen, da wir bei unserer Arbeit vor allem von zwei Dingen ausgehen!

1. Die Befreiung der Arbeiter wird ganz sicher das Werk der Arbeiter selbst sein, nicht aber irgendwelcher Politikburekraten und Berufsfunktionäre!
2. In unserer heutigen Organisationsform müssen die wichtigsten Elemente einer zukünftigen freiheitlichen Gesellschaft bereits im Keim vorhanden sein!

Das syndikalistische Organisationsprinzip

Uns Anarcho-Syndikalisten wird immer wieder vorgeworfen, wir seien organisationsfeindlich und wollten die Gesellschaft ins Chaos stürzen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben oft darauf hingewiesen, daß sich Freiheit nur auf den freiwilligen Zusammenschluß der Menschen stützen kann.

In diesem Sinne entwickelten Anarcho-Syndikalisten gegen Anfang dieses Jahrhunderts ein Organisationsmodell, das sowohl den revolutionären Klassenkampf als auch die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen nach der Beseitigung von privater und staatlicher Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren hat. Anarcho-Syndikalismus könnte man übersetzen als klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung ohne bürokratische Bürokratie. In zahlreichen Ländern wurde und wird versucht, diesen Anspruch in die Tat umzusetzen. So bewiesen z.B. die in der CNT organisierten Arbeiter und Bauern 1936 in Spanien, daß sie fähig waren, ohne Kapitalisten und staatliche Lenkung die Produktion aufrecht zu erhalten und das im Bürgerkrieg bedrohte Land mit den notwendigen Gütern zu versorgen. 1922 schlossen sich die verschiedenen syndikalistischen Landesorganisation zur internationalen Arbeiter-Assoziation zusammen, die eine Verständigung und Unterstützung der einzelnen Organisationen zum Ziel hat. Natürlich waren und sind nicht alle syndikalistischen Organisationen nach dem gleichen Schema aufgebaut, sondern hatten sich entsprechend



Für eine autonome Gewerkschaftspolitik

Nach der Arbeit aufgewacht!
Und erkannt seine Macht!
Ahn' klarer stehen will,
Wem sein starker Arm zu will.

Der Anarcho-Syndikalismus war und ist in seiner Geschichte, seiner Praxis und seinen Prinzipien immer eng verbunden (gewesen) mit dem Streben nach gewerkschaftlicher Einheit, nach einem großen revolutionären Kampforganisation in jedem Land. Als Anarcho-Syndikalisten verstanden und verstehen wir gewerkschaftliche Einheit jedoch immer nur als Einheit im Kampf gegen jedes ungerechte System, gegen jede Art von Unterdrückung und Ausbeutung. Eine bloße "Einheit" der Mitgliedsbücher und Kartelleichen lehnen wir ab!

"Einheit" so verstanden bedeutet aber, daß die DGB-Gewerkschaften überhaupt keine Einheitsgewerkschaften waren und sind. Sie sind vielmehr - und das in zunehmendem Maße -

sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaften, aus denen radikale Kolleg(innen) rausfliegen: sei es, weil sie bestimmten Organisationen oder Parteien angehören; sei es, weil sie z.B. bei Streiks durch militantes Verhalten "ungenehm" aufzufallen sind;

in das "Modell Deutschland" integriert. An erster Stelle stehen nicht die Interessen der arbeitenden Menschen (also die ihrer eigenen Mitglieder), sondern das jeweilige "politisch Machbare". Die Grenzen dessen, was dann in Rahmen des Systems "machbar" ist, werden von den Kapitalisten und Regierungen auf vielfältige Weise ge-

steckt. Manche mögen diese gewerkschaftliche Zahmheit, dieses Sich-verstecken hinter sogenannten "Sachzwängen" als dienstvoll und weitsichtig bezeichnen - wir nennen es Verrat. Denn die Interessen der Mehrzahl der Bevölkerung werden hintenangestellt zugunsten der Profite und der Ruhe und Ordnung im Land;

Die Gewerkschaften sind darum befüllt, Konflikte möglichst im Vorfeld und auf höchster Ebene (sozusagen staatsmännlich) mit ihren "Sozialpartnern" zu lösen. Kommt es dann doch zu Streiks und/oder Aussperrungen, bemühen sich die Spitzenfunktionäre eilig darum, daß bei ihrem rituellen Kräfte-messen jede Eskalation vermieden wird. Die Gewerkschaften wachen argwöhnisch darüber, daß ihnen Arbeitskämpfe von der Basis nicht aus der Hand gerissen werden, sondern daß der einzelne Arbeiter die strengen Reglementierungen aus den Gewerkschaftszentralen strikt befolgt. Und diese Anweisungen orientieren sich im Sinne der "Sozialpartnerschaft" allein an der bestehenden Eigentumsordnung, den geltenden Gesetzen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Disziplin. In derart geführten "Kämpfen" spielen wir als die eigentlich Betroffenen lediglich Statistenrollen!

Nach wir angesichts eines solchen Gewerkschaftsapparates brauchen, ist

eine autonome, d.h. eine selbständige, unabhängige und eigenständige Gewerkschaftsbewegung:

- selbständig, weil die Mitglieder ihre Kämpfe an der Basis selbst organisieren und durchführen müssen, ohne Bevormundung durch Berufsfunktionäre. Für die in einer autonomen Gewerkschaft kein Platz ist;

- unabhängig, weil sich die Forderungen einer klassenkämpferischen Gewerkschaft nicht nach Politikern, Kapitalisten, Wissenschaftlern und sogenannten Sachzwängen richten, sondern einzig und allein nach den eigenen Zielen;

- eigenständig, weil sie sich in ihren Kampfformen nicht durch Gesetze und verlogene Märchen von Sozialpartnerschaft leiten läßt, sondern allein von der Frage nach dem größtmöglichen Erfolg.

Die DGB-Gewerkschaften, so wie sie sich aus darstellen, zu klassenkämpferischen Organisationen der oben beschriebenen Art machen zu wollen, halten wir für eine Illusion. Dies gilt umso mehr, wenn Linke innerhalb der Gewerkschaften aktive Basisarbeit mit der Erringung von Funktionen und Pöstchen verwechseln. Trauriges Beispiel hierfür sind die Bemühungen zahlreicher linker Gruppierungen, alle drei Jahre einen Betriebsratsposten zu "erobern". Aber genau daran läßt sich eine wirkungsvolle Basisarbeit eben nicht festmachen. Denn als linker Betriebsrat rechnet man sich entweder an den bestehenden Gesetzen (Schweigepflicht, besonderes Vertrauensverhältnis zum Unternehmer, Friedenspflicht etc.) und an rechten Betriebsratskollegen in Fraktionskämpfen den Schädel ein oder man glei-

den verschiedenen Bedingungen der jeweiligen Länder und deren Arbeiterbewegungen entwickelt. Deshalb kann es uns hier nur darum gehen, die gemeinsamen Grundzüge herauszustellen.

Getragen wird die anarcho-syndikalistische Bewegung von der Gewißheit, daß wir uns nur selbst befreien können - Politiker sind uns dabei keine Hilfe, sondern nur im Weg. Denn eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung in unserem Sinne ist nur dann möglich, wenn sich die Ausbeuteten und Unterdrückten dieses Systems ihrer eigenen Stärke und Phantasie bewußt werden. Das Bewußtsein jedes Einzelnen und die Gewißheit der eigenen Kraft sind die Grundlage allen selbstbestimmten Handelns. Dies ist die Voraussetzung für eine freie, selbstverwaltete Gesellschaft, ohne wirtschaftliche und politische Machtgruppen, ohne Bürokratie und Staat. Aber die Voraussetzungen für eine solche Gesellschaft werden nicht am "Tag der Revolution" geschaffen, sondern müssen schon jetzt in unserem Kampf erlernt werden. Das heißt, daß unsere Aktions- und Organisationsformen selbstbestimmt bzw. selbstverwaltet sein müssen. Einen Führungsanspruch - egal ob dieser von Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Trotzkiisten, Maoisten etc. pp. geäußert wird - einzelnen Gruppen lehnen wir deshalb ab.

Im Vertrauen auf die Eigeninitiative ist jede anarcho-syndikalistische Organisation dezentral aufgebaut. Das bedeutet, daß die gewerkschaftlichen Basisorgane in den einzelnen Betrieben und Orten in ihren Entscheidungen (z.B. ob, wann und in welcher Form gestreikt wird) selbständig sind. Die überbetrieblichen und überregionalen Gewerkschaftskomitees haben keine Befehlsgewalt, sondern dienen nur der Koordination, beraten die Basisorganisationen und liefern ihnen Orientierungsdaten (z.B. inwieweit die Organisation in der Lage ist, einen lokalen Streik zu unterstützen). Durch diese Betonung der Eigeninitiative der Basis bleibt die Organisation kämpferisch, und der Funktionärismus, dem eine volle Gewerkschaftskasse lieber ist als ein erfolgreicher Streik (s. DGB), hat keine Chance. So wird die Organisation nicht zum Bremsklotz spontaner Basiskämpfe, sondern organisiert Solidaritätsaktionen im notwendigen Umfang.

Der/die syndikalistische "Funktionär/in" sollte seine Aufgaben möglichst ehrenamtlich erfüllen. Falls dies nicht möglich ist, darf er in keinem Fall mehr verdienen als ein "normaler" Arbeiter. Eine Tätigkeit als Funktionär/in muß in jedem Fall zeitlich begrenzt sein. Berufsfunktionäre (Berufsrevolutionäre) sind der Tod jeder kämpferischen Gewerkschaftsbewegung. Außerdem müssen die Funktionäre der ständigen Kontrolle der Basis unterliegen und jeder Zeit abwählbar sein. Als Methoden des Kampfes empfehlen die Anarcho-Syndikalisten alle Formen der Direkten Aktion; die Direkte Aktion ist die Durchsetzung von Forderungen durch die Betroffenen selbst, ohne sich dabei auf die "Hilfe Übergeordneter" (Parteien, Parlamente, Gerichte etc.) zu verlassen. Mögliche Aktionen sind z.B. Bummelstreik, Pfuscharbeit (schlechter Lohnschlechter Arbeit), Sabotage, Streik, Besetzungen, Boykotts - der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Die syndikalistische Organisationsform

erfüllt eine Doppelfunktion: Zum einen ermöglicht sie den Arbeitenden durch die einheitliche und unbürokratische Organisation, den wirtschaftlichen Tageskampf z.B. für mehr Lohn, mehr Freizeit, bessere Arbeitsbedingungen etc. zu führen. Zum anderen ist sie eine Verbindung von Menschen mit dem Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und sich selbst der Produktionsmittel zu bemächtigen.

Denn eine soziale Revolution kann nicht eine rein politische Umwälzung sein; neben der Abschaffung des Staates basiert sie in erster Linie auf einer Umwälzung auf wirtschaftlicher Ebene: Die direkte und allgemeine Enteignung der Kapitalisten und Übernahme der Fabriken durch die Arbeiter(innen). Denn nur wenn diejenigen über Produktion und Verteilung aller Güter und Dienstleistungen entscheiden, die heute dazu bestimmt sind, blind ihre Rolle als Produzenten und Konsumenten zu erfüllen, ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft

Industrie beschäftigten Arbeitern und erstellen alles erforderliche statistische Material. Eine viel bedeutendere Funktion werden sie aber der Revolution in Form der Organisation der selbstverwalteten Betriebe erhalten. Der gebietsmäßige Zusammenschluß (auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene) aller Beschäftigten stellt die Erfüllung aller gesellschaftlichen Aufgaben sicher, die über die Grenzen der einzelnen Branche hinaus zu betrachten. Diesem territorialen Organisationszweig würde nach der Revolution die Aufgabe zufallen, die Konsumbedürfnisse einer jeden Gemeinde und des ganzen Landes zu ermitteln und die Ergebnisse den Industriegewerkschaften als Orientierungsdaten zukommen zu lassen. Auf diese Weise können die Arbeiter selbst das gesellschaftliche Leben organisieren und können auf die ganze Schwarzrotzirkel von Privatkapitalisten und Staatsfunktionären leicht verzichten.

ner Aufgaben sicher, die über die Grenzen der einzelnen Branche hinaus zu betrachten. Diesem territorialen Organisationszweig würde nach der Revolution die Aufgabe zufallen, die Konsumbedürfnisse einer jeden Gemeinde und des ganzen Landes zu ermitteln und die Ergebnisse den Industriegewerkschaften als Orientierungsdaten zukommen zu lassen. Auf diese Weise können die Arbeiter selbst das gesellschaftliche Leben organisieren und können auf die ganze Schwarzrotzirkel von Privatkapitalisten und Staatsfunktionären leicht verzichten.



gegeben.

Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung versteht sich also als eine zukünftige mögliche Selbstorganisation. Im folgenden geben wir eine schematische Darstellung des syndikalistischen Organisationsprinzips (ohne Anspruch auf Perfektion). Es handelt sich um ein zweigleisiges Organisationsmodell: Einmal Organisation nach Industriezweig; zum anderen Organisation am Wohnort. Jeder Arbeiter ist demnach gleichzeitig Mitglied einer Industriegewerkschaft und einer Ortsgruppe. Dieses Modell entspricht am ehesten der französischen CGT in ihrer anarcho-syndikalistischen Phase. Die Industriegewerkschaften koordinieren den Kampf auf Industriebene; sie schaffen die Verbindungen zwischen allen in der gleichen

Aus: 100 Jahre DGB tun dem Kapital nicht weh! Initiative FAU. 1,50.-

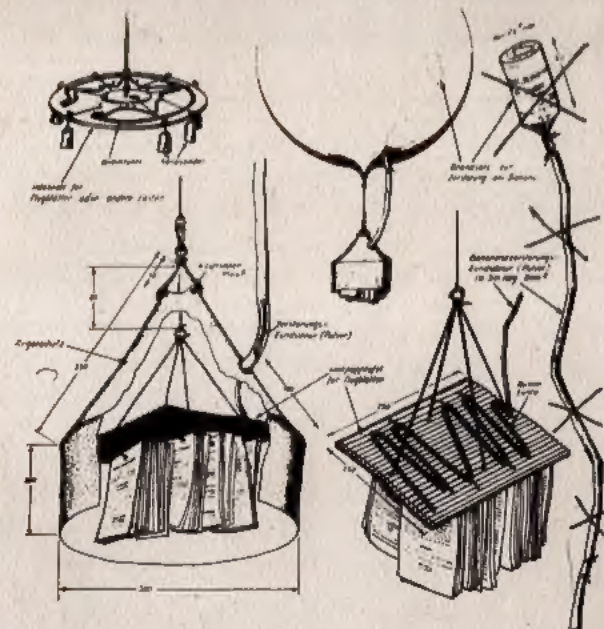
Es versteht sich von selbst, daß derartige Modelle nicht als bindend betrachtet werden dürfen. Es handelt sich nur um ein schematisches Modell, das den jeweiligen Erfordernissen angepaßt werden muß. Wir dürfen nicht in eine ideologische oder organisatorische Starre verfallen. Unsere Vorgehensweise und Organisationsform, ja der gesamte organisatorische Aufwand richten sich nach den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen wir stehen. Aber unser Ziel, durch selbstbestimmtes Handeln die Voraussetzung für eine freie Gesellschaft zu schaffen, bleibt davon unberührt.

Diese Bauanleitung richtet sich wohl erstrangig an die Bewohner der Westseite des eisernen Vorhangs. Wenn schmuggeln zu riskant ist:

FLUGBLATTBALLONS!

Entsprechend der angehängten Last werden HELIUM-gefüllte LUFTBALLONS mit Schnüren zusammengebunden. Unten, unter einem Regenschutz, befindet sich eine Vorrichtung für den Abwurf von Flugblättern (Bild 1).

Diese besteht aus einem runden Sperrholzbretchen von ca. 30 cm Durchmesser, oder auch aus einem quadratischen Wellpappestück entsprechender Größe. Unter der Trageplatte hängen einzelne Flugblattbündel, deren Haltebindfäden durch Bohrungen in der Platte durchgeführt werden. Sie hängen oben an einer zickzackförmig über die vorhandene Fläche verlegten Glimmlunte. Diese brennt während des Fluges - sie wird beim Start des Ballons angesündet - langsam ab und öffnet dadurch in regelmäßigen Zeitabständen die Haltefäden der einzelnen Flugblattbündel, die so zum Abwurf gelangen.



Berechnet natürlich die Bestimmungen der Flugsicherheit nach der §§ der B.R.D.!! d. Red.

trafik

im Frühjahr Heft 8

über

Kampf für die Anarchie
- aber plötzlich -
Programm der
Fédération Anarchiste (F)
Plavio Costantini:
"The Art of Anarchy"
Konferenz der
Amerikanischen Anarchisten
Anarchismus in der Schweiz
Skandinavischer Anarchismus
Rezensionen & Informationen

Preisnummer gegen 2,-DM
in Briefmarken

TRAFIK - Peterson
Mahrenkamp 42, 4330 Mülheim

INTERNATIONALES
ANARCHISTISCHES JOURNAL

INTERNATIONAL



ARBEIT MACHT FREI

Die Versorgungslage hat sich in Polen im Jahr von Jaruzelskis Kriegsjunta kaum verändert, dh. man kann alles kaufen.

Um sich Schinken, ganze Schweine, Wodka in beliebigen Mengen, Marlboro, Dunhill, Stereocanlagen, Levi's und Wrangler Jeans, Kaffee, Polymantel und Winterstiefel zu besorgen, müssen die Polen nicht erst gen Westen fahren, sondern sie können selbstverständlich alle diese schönen Waren - gegen die im Westen üblichen Zahlungsmittel (z. B. DM) verstreichen, - in jeder noch so trostlosen heimischen Stadt kaufen. Dafür sorgt seit Jahren das "staatliche Unternehmen für den inneren Export", abgekürzt

PEWEX. Im PEWEX darf jeder einkaufen, egal ob er 1 z oder 1000 z hat. So sind diese Läden vor allem vor den Feiertagen z. B. in Weihnachten überfüllt. Dies zeigt, daß einige Polen irgendwie zu westlichen Dividen (wenn auch nur in bescheidenen Mengen) gekommen sind. Zu Dividen kommt ein durchschnittlicher Pole (die oberen der Bürokratie haben sowieso immer Geld, dh. Dividen) durch Arbeit im Westen, Geschenke von Onkeln aus Amerika oder indem er in Polen durch irgendwelche legalen, aber vor allem halblegalen bzw. illegalen Geschäfte eine größere Menge Zlotys zusammenkriegt mit denen er sich auf dem Schwarzmarkt Dividen kaufen kann.

Für die große Mehrheit der Polen, die keine bzw. nur wenig Dividen aufweisen können, hat sich die Versorgungslage unter Jaruzelskis Kriegsjunta kaum verändert, dh. nach wie vor kann man fast nichts kaufen und wenn, dann zu extrem hohen Preisen und unter Dauerstress (Schlange stehen dauernd aushecken wo es die gewünschte Ware gibt, herumrennen...).

Daß im Winter 82 mehr Waren in den Regalen der Geschäfte lag, als noch im Frühjahr 82, ist einfach das Resultat der permanenten Preiserhöhungen! Die Erhöhung der Bahnpreise ab 1.1.82 um 100% ist dabei lediglich eine Ausnahme, denn normalerweise begnügt sich der sozialistische Staat nicht mit solchen lächerlich geringen Steigerungsraten! So gelang es der selbsternannten "Volksmacht" im Jahre 1982 die Preise für Grundnahrungsmittel um satte 400% zu erhöhen. Natürlich können die Polen auch weiterhin bestimmte Waren nur auf Bezugsscheine (Lebensmittelscheine) kaufen. Pro Monat stehen einem erwachsenen Polen z. B. 0,5 kg Butter, 2 kg Mehl, 1,5 kg Zucker, 1 kg Grape, 12 Packungen Zigaretten, 1 Fl. Wodka oder 100 gr. Kaffee, 250 gr. Waschpulver sowie 1 Stück Seife zu. Bei der Fleischmenge differenziert die Bürokratie, so daß Bergarbeiter 6 kg, andere Arbeiter 4 kg und Büroangestellte 2,5 kg, zu nicht ganz so hohen Preisen,

kaufen können.

Mehr als ein Paar Schuhe pro Jahr kann der Staat den Polen nicht zum Kauf anbieten. Mit einem Bezugsschein der ihn zum Kauf von einem Paar Schuhen berechtigt, geht der normal-Pole also in einen Schuhladen und "wählt" dort zwischen 3-4 Modellen (falls überhaupt vorhanden) eines aus. Für Winterstiefel zahlt er 4000 zt.. Nun, falls er noch ein Paar Stiefel haben möchte, z. B. besserer Qualität, so hindert ihn niemand daran. Für 30.000 zt kann er sich diesen Wunsch jederzeit erfüllen. Diese Logik gilt natürlich auch für andere Waren, das eine Stück Seife auf Bezugsschein ist noch relativ "billig", jedes weitere kostet zwischen 3 Stundenlöhnen (poln. Seife) und 1,5 Tageslöhnen (westliche) etc...



Der offizielle monatliche Verdienst reicht für die meisten Polen noch nicht einmal zum Überleben. Eine Büroangestellte kommt auf 5000 zt., ein Bergarbeiter verdient 20.000 zt. Der

Durchschnittsverdienst liegt bei mageren 8000 zt., ungefähr die Hälfte dessen was man zum Leben braucht. Um die tiefe Kluft zwischen der, vom Staat anerkannten und der tatsächlich notwendigen Knete zu überbrücken, mußten sich die Leute allerhand einfällen lassen. Der Spruch "legal, illegal, scheinlegal", wenigstens zum Überleben muß es reichen, ist in Polen seit Jahrzehnten gelebte Wirklichkeit.

Ein Optiker in einem staatlichen Laden verdient einfach zu wenig. Dafür kennt er aber in verschiedenen optischen Fabriken Leute, die ihm alle zur Brillenherstellung (-reparatur) nötigen Teile "besorgen". Einmal im Monat klappert er diese Leute ab und sammelt alle Teile ein.

Während der offiziellen Arbeitszeit und in Heimarbeit baut er sich seine privaten, den "staatlichen" Produkten qualitativ und optisch weit überlegenen Brillen, die er dann in staatlichen Vitrinen ausstellt und mit denen er im Staateladen einen schwingvollen Privathandel betreibt

Es ist durchaus üblich, daß ein Zugschaffner (7000 zt im Monat), der offiziell für eine Fahrkarte 200 zt kassieren sollte, nur 100 zt verlangt, um diese dann, ohne ein Ticket auszustellen selbst einzusacken.

Wenn es im überfüllten Speisewagen Bier zu trinken gibt, ist dies nur indirekt ein Erfolg der realsozialistischen Wirtschaftsplannung. Der Kellner nämlich, der gezwungen ist sein schmales Gehalt aufzubessern verkauft während seiner Arbeitszeit in der Staatsbahn privat, dh. auf eigene Rechnung und zu relativ hohen Preisen das begehrte Naß. Selbstverständlich gäbe es ohne seine Initiative während der ganzen Fahrt (30 km=3Std.) außer Tee, Kaffee und Limonade nichts. Daß auch uniformierte Offiziere das illegale verkaufte tschechoslowakische Pils schlürfen wundert hier keinen.

Diese drei alltäglichen, kleinen Beispiele zeigen, wie die meisten Polen es schaffen, trotz der rastlosen Zuckungen der bürokratischen Lüge dennoch zu überleben.

Der Westen erscheint nicht zuletzt deshalb so golden, weil ein Pole, der es schafft, bei Mac Donalds eine Arbeit zu ergattern, bei der



er am Tag 50 DM verdient, genau weiß, daß dies einem durchschnittlichen Monatsgehalt in Polen entspricht.

Der verbreiteten Unlust, für den Staat zu arbeiten, begegnet dieser mit der Wiedereinführung der Zwangsarbeit. Wer länger als drei Monate ohne Arbeit, ist wird durch die Miliz "der Arbeit zugeführt". Unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit, vor allem im Zusammenhang mit Streiks, führt zur Entlassung (und somit zum Entzug der Lebensmittelscheine) und kann 3 Jahre Knast kosten - sowie wie das verbreiten von Flugblättern. Natürlich werden nicht alle Streikenden entlassen, sondern von 1000 werden zur Einschüchterung 10 sogenannte "extremistische Elemente" entlassen. 1982 wurden Tausende von Arbeitern entlassen, die unter großen Schwierigkeiten gezwungen werden, sich eine noch schlechtere Arbeitsstelle zu suchen.

Am 16. Dezember 82 legten in Danzig Vertreter des Militärrates WRON, der sogenannten "Patriotischen Bewegung zur Rettung der Nation" (PRON), eine mit ungeheuren Propa-

gandaaufwand vom Staat initiierten und den Staat beweihräuchernden Gruppe, sowie Mitglieder der staatlichen Betriebsgewerkschaften, Kränze am Denkmal der 1970 vom Staat ermordeten Werftarbeiter nieder!

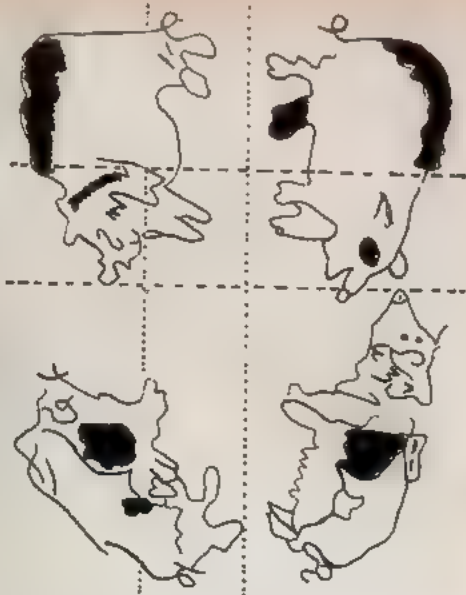
Am gleichen Tag soll es irgendwo in Warschau zu einer friedlichen Demonstration kommen. Da ich nicht genau weiß wo, gehe ich erstmal zur St. Anna Kirche in der Altstadt, wo ein auf dem Boden des Kirchhofes aus Blumengebüsches Kreuz täglich durch neue Blumen der Besucher höher wächst. Dort sind Kerzen angezündet und ein weiß-rotes Tuch mit der Inschrift "SOLIDARNOSC" ist ausgelegt. Auf einem Din A5 großen Zettel steht:

"Heute am 16.12. findet um 17z eine heilige Messe in der Marienkirche, Pl. Nowy, statt." Am Blumenkreuz sind etwa 50, ganz normal "bürgerlich" angezogene Leute. Von der ZOMO ist nichts zu sehen. Da ich keine Ahnung habe wo die Marienkirche ist, gehe ich einigen Leuten nach, die wie ich die Ankündigung gelesen haben. Nach 300 m bin ich auch schon in der Kirche, die modern kühl ausgestattet und mit etwa 600

Menschen überfüllt ist. Die meisten sind zwischen 30 und 50 Jahren, besser angezogen als wir, die Bewohner des Arbeiterviertels Praga, ich schätze es sind Mittelschichtler. Zunächst wird eine ganz normale röm.-kath. Messe durchgeführt, der Pfaffe redet in seiner Predigt vom Recht des Menschen frei und gut zu leben, mit dem Hinweis allerdings, daß das eigentliche Leben in Gott liegt. Nach der Beendigung der Messe verharren alle einen Moment schweigend. Dann stimmt eine ältere Frau das Lied "Gott schütze Polen" an, bald singen alle mit und heben den rechten Arm zum "victory" Zeichen (Wir, dh. Solidarność wird siegen).

Nach dem Absingen etlicher Strophen gehen die Leute, ein anderes Lied singend, auf die Straße. Am Ausgang hängt ein kirchliches Plakat, daß sich strikt gegen Abtreibung ausspricht. Draußen sind etwa 1000 Leute die sich zu einer Demo formieren. Es werden jetzt auch Spottlieder auf die WRONA gesungen. (=Militärregierung) Die Leute lassen Solidarność, Walesa und Bujak hochleben, während sie der Junta ein baldiges Ende herbeiwünschen. Ich habe den Eindruck, daß viele Menschen Angst haben, obwohl bis jetzt alles friedlich abläuft. Als die Demo am Schloßplatz ist, kommt auch schon die ZOMO.

Wie ihre bundesdeutschen Kollegen rennen die Milizionäre, ihre Knüppel auf die Schutzschilde schlagend, in den Demozug. Es ist ein krasses Mißverhältnis zwischen den Kalaschnikov-behängenen ZOMO Gestalten und den in Straßenzügen, in Stöckelschuhen und mit Einkaufstaschen in der Hand, panisch fliehenden Demonstranten. Die Leute schreien, laufen, fallen über die Hüfte, springen über Treppengeländer.... Ein Teil rettet sich in die nahe gelegene St. Anna Kirche. Dort, wo auch der Oberpfaffe Glemp ab und zu redet, wagt sich die ZOMO nicht rein. Erst jetzt fällt mir auf wieviel ZOMO da ist, schwere Mannschaftswagen, riesige Wasserwerfer, Jeeps mit Tränengaskanonen usw.. Auch in der warschauer Altstadt sind überall grüne Uniformen, Helme, Knüppel, Schilder, MPK. Nachdem sich der erste Schrecken über den ZOMO überfallen gelegt hat, schreiben die Leute, ich kann nicht zwischen Demonstranten und Passanten unterscheiden, der ZOMO "Gestapo" und "SS" entgegen. Die ZOMO sperrt den Bezirk um die St. Anna Kirche ab. Über einen Lautsprecher verkünden die Bullen "Achtung, Achtung, die Jugendlichen

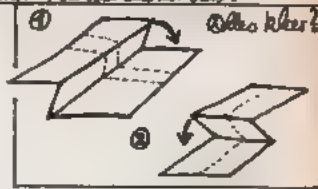


„Vier Schwäne im Quadrat“, was soll das sein?

werden aufgefordert nicht zu schreien.“ Dies ist offensichtlich Schwachsinn, denn gerade Jugendliche fehlen an diesem Dezemberabend. Weiter außerhalb der von der ZOMO okkupierten Zone patrouillierten aus 5 Soldaten bestehende Militärstreifen. Die ZOMO führt jetzt verstärkt Personalkontrollen durch, checkt

die Ausweise und durchwühlt Einkaufstaschen. Nach ein paar Stunden erinnert nur die weiterhin präsente ZOMO an diese unbedeutende Episode im Widerstand der poln. Bevölkerung. Am Rande der Demo sprach ich mit einem 22-jährigen Polen, der offensichtlich von dieser Art des Protestes nicht allzuviel hielt, dafür sprach er recht konfus, aber recht polnisch, "dies bringt nichts, wir brauchen eine Revolution die die Folgen der Oktoberrevolution umkehrt, aber keinen Zaren, auch nicht Chiles, das ist Faschismus, sondern eine kapitalistische Demokratie, denn wenn in Polen die Diktatur des Proletariats herrschen würde, wie wäre es dann möglich, daß der Staat alle Rechte des Proletariats liquidiert?"

Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung hat ein reichlich diffuses Bild von der Realität in den USA und den Folgen amerikanischer Außenpolitik



„Was hier?“

in der Türkei oder in El Salvador. "Reagan als Befreier des poln. Volkes", dies ist ein weitverbreiteter Irrtum. Diese Merkwürdigkeiten resultieren aus der sozialen Lage der Bevölkerung und dem "Überschlagen" der Propagandamaschinerie. Jahrzehntlang mußten sich die Polen davon überzeugen, daß die offiziellen, dh. die staatlichen Medien grundsätzlich lügen. Die Leute überprüfen die Informationen und Kommentare, die der Staat für sie bereit hält, anhand ihrer eigenen täglichen Erfahrungen und stellen immer wieder fest, daß ALLES vom Staat propagierte falsch ist. Nur was der Staat enttarnt verdammt, ist ayspathisch. Berichtet die berüchtigte Parteizeitung "Trybuna Ludu" (Tribüne des Volkes) zB. über Armut in den USA oder über Massaker in El Salvador, so scheint auch dies wenig glaubhaft zu sein. Die besten Propagandainstrumente des US-Imperialismus in Polen, sind die staatlichen



Medien selbst.

Radio Freies Europa, der in München stationierte CIA-Sender, wird von etwa 30% der Polen, denjenigen also, die ein einigermaßen gutes Radio haben, gern und regelmäßig gehört. Die Sendungen sind keineswegs plumpe Propagandasendungen, sondern eine Mischung aus relativ "objektiven" Nachrichten über die Situation in Polen, Termindurchgaben für Demonstrationen, und natürlich Lobpreisungen auf den "freien" Westen. Die Aktionen und Auffassungen der libertären Linken in Polen werden natürlich nicht durchgegeben.

Solange wir nicht in der Lage sind, Alternativen zu entwickeln, würde die Schließung des Senders, wie dies vor allem von DKPistischen Kreaturen gefordert wird, die Situation des poln. Widerstandes nicht verbessern, sondern noch weiter verschlechtern.

Die 190.000 Mann starke staatliche Bürgerkriegstruppe ZOMO

ist ständig im Einsatz und darum immer unausgeschlafen aussehend. Die Milizionäre sitzen in ihren Lastwagen, im Fahrerhaus hängen pin up Fotos, amerikanischer Hard Rock dröhnt, hier fließt durch die miliz-Kehlen. Warten auf den nächsten Befehl. Die ZOMO rekrutiert sich aus Leuten, die aus Dörfern und Kleinstädten kommen, wo das Überleben am Schwierigsten ist. Der mehrjährige Dienst bei der ZOMO wird mit Wodka, Schokolade, Zigaretten und einem relativ hohen Sold belohnt und die Männer werden vom obligatorischen 2-jährigen Militärdienst (Studenten 1 Jahr) befreit.

Die, isoliert in ihren Unterkünften vegetierenden, Milizionäre werden auffallend häufig als vollkommene Idioten bezeichnet, die von ihren Chefs mit Wodka und Narkotika auf feige aber brutal getrimmt werden. Die politische Schulung der ZOMO beschränkt sich in der Regel auf Idiotismus wie etwa: Solidarność führte Polen in die Anarchie, schuld daran sind die Juden.

In der nächsten Ausgabe der Aktion wird ein Bericht über die polnischen, bzw die warschauer Anarchisten erscheinen.

Die Faksimiles der vier Schweine, des Arbeit macht frei Streifens, des Jerusaleki-Dollars und die Fotos sind Originals aus Polen!

WICHTIG WICHTIG WICHTIG
WICHTIG WICHTIG WICHTIG

SPENDET
FÜR DIE POLNISCHEN
ANARCHISTEN !

Jochen Knoblauch

Postcheckamt Berlin

Konto - Nr. 4515 23 - 109

Stichwort "SOLIDARNOSC"

The War on AIM Continues ...

Seit den Tagen, als die ersten Europäer ihren Fuß in das Land setzten, daß heute als Amerikka bekannt ist, - ihr korruptes Sozialsystem und ihre Planwirtschaft einführen - haben die Ureinwohner die europäische Dominanz, die Ausbeutung und den massiven Völkermord überstanden. Heute geht der Kampf an Plätzen wie der Paha Gapa (Black Hills) weiter, wo Mitglieder der Oglala Lakota und der amerikanischen Indianerbewegung (A.I.M. American Indian Movement) einen Teil des ihnen einst gestohlenen Landes zurückfordern und ein traditionelles Dorf errichten.

Im Südwesten gibt es Stämme der Dine (Navaho) und der Hopi, die nun gegen die ernsteste Bedrohung seit 100 Jahren kämpfen müssen: sie kämpfen gegen die geplante Zwangsumsiedlung von 8000 Menschen ihres Volkes; sie kämpfen um den Big Mountain - ihren heiligen Berg - an den Kohleabbau betrieben werden soll. Außerdem gibt es noch die Montana, die zum Stamm der Northern Cheyenne gehören, die um den Fortbestand ihres Heimatlandes gegen die ARCO und andere multinationalen Konzerne kämpfen.

Diese sind nur drei Beispiele des heutigen Widerstandes der Indianer; mit etwas Mühe ließen sich noch viele andere Beispiele finden. Der Kampf der amerikanischen Indianer über so viele Jahre hinweg, ist ein überzeugender Beweis dafür, daß sich ein Volk gegen den "Staat" wehren kann, und - daß es auch ohne Staat existieren kann. Dies haben die Indianer über Jahrtausende hinweg mit großem Erfolg bewiesen. Die indianischen Widerstandskämpfer winen nicht, wie andere, dem Sektierertum nach. Sie haben erkannt, daß sie ihre ganze Kraft für den Widerstand brauchen. Würden sie verlieren oder aufgeben, so wäre ihr Volk zum Aussterben verdammt - und das ist ihnen stündig bewußt.

Russel Means, von der Dakota A.I.M., drückte in einem Gespräch über das "Yellow Thunder Encampment" etwas sehr charakteristisches aus: "Ein Mitglied der öffentlichen Presse fragte mich, ob wir bewaffnet seien. Diese Frage versetzte mich in Stauen. Hier sind wir, eine handvoll Indianer, inmitten der machtvollsten Nationen der Erde, die mehr Waffen besitzt wie jede andere Nation auf der Welt, und die haben die



Freiheit uns zu fragen, ob wir bewaffnet sind. Verdammt nochmal, wir sind bewaffnet! Wir sind bewaffnet mit unseren Fäusten, unseren Schaufeln, mit unseren Äxten und was immer wir auch am Boden liegend finden, um uns gegen Angreifer zu wehren."

Viele Indianer sitzen in Gefängnissen. Dies hat verschiedene Gründe. Einmal wehren sie sich dagegen, europäisiert zu werden, zum anderen haben die meisten Indianer Schwierigkeiten, in einer staatlichen Ordnung zu leben und schließlich sehen sie sich einem erdrückenden Rassismus ausgesetzt. Der Anwalt Walter Echo-Hawk, ein Pawnee aus Oklahoma, der für die "Vereinigung für das Recht der Ureinwohner Amerikas" (Native American Rights Fund) arbeitet, sagt: "Insgesamt kann man davon ausgehen, daß jeder Indianer, den man trifft, entweder selbst, oder einer seiner Familienangehörigen, eingesperrt war."

Dieser Artikel befaßt sich mit einem der Widerstandskämpfer, mit Gwarth-ee-Lasse, Leonard Peltier, Kriegsgefangener des Volkes der Lakota. Die Geschichte von Leonard kann nicht erzählt werden, ohne die anderer mitzuerzählen, denn der Prozess Leonard Peltiers ist stellvertretend für das ganze indianische Volk.

Im Sommer 1975 stellten Leonard und andere Lakotas ein Sweatlodge (Zelt) auf, um sich

auf den Sonnentanz im August vorzubereiten.

Am 26. Juni überfiel das FBI das Land der Lakota, am Pine Ridge in South Dakota. Angeblich wollten sie nur einen Gerichtsbefehl an Jimmy Eagle, einen Jugendlichen, überbringen. Dieser war angeklagt, weil er ein Paar Stiefel stehlen wollte. Die FBI Leute eröffneten das Feuer auf ein Haus, das in der Nähe des Sweatlodge stand, das gerade erst erbaut worden war. Die Lakotas erwiderten das Feuer. Dabei wurden zwei FBI Agenten und einer der Lakotas, Joseph Strunz, getötet. Am nächsten Tag überfielen 175 FBI Leute, begleitet von Staatstruppen (State Troopers) und den Schweinen vom staatlichen Büro für indianische Angelegenheiten (Bureau of Indian Affairs Pine Ridge) die beiden Reservate Pine Ridge und Rosebud. Sie plünderten die Häuser und nahmen 364 Menschen fest um sie zu verhören.

Der Sonnentanz wurde in das Rosebudreservat verlegt. Am Morgen des 5. September attackierten 100 vom FBI gedungene Schläger das neue Camp. Unter den nun verhafteten befand sich auch die 27 jährige Mitmac Indianerin Anna Mae Aquash von den Nova Scotia, die auch an den Aktionen bei Wounded Knee (siehe Kasten) teilgenommen hatte. Aquash sagte später aus: "Ich sah wie die FBI Leute mit MP's und Pistolen dastanden. Sie kamen einfach rein und - ich weiß kein richtiges

Wort dafür - Überfall, Zerstörung, Plünderung - sie waren einfach Überfall, sie warfen einfach Sachen durch die Gegend und rissen Dinge auseinander."

Man sagte Aquash, daß sie von der Anklage loskäme, wenn sie Namen nennen würde, worauf sie antwortete: "Ihr könnt mich erschießen oder ins Gefängnis stecken. Das sind die zwei Möglichkeiten, die ich in Kauf nehme." Der FBI Terrorist David Price sagte daraufhin, dann würde er sie innerhalb eines Jahres tot sehen. Am 24. Februar fand ein Rancher die verstorbene Leiche von Anna Mae Aquash. Sie wurde durch Kopfschuss exekutiert.

Fünf Monate nach dem Tod der beiden FBI Leute wurden Bob Roideau, Dino Butler, Jimmy Eagle und Leonard Peltier wegen Beihilfe und Anstiftung zu "sogenannten Mord" angezeigt.

Robideau und Butler plüdierten auf Selbstverteidigung und wurden freigesprochen. Die Anklage gegen Jimmy Eagle wurde fallengelassen. Leonard jedoch



wurde von Kanada ausgeliefert, wo er in Ketten, in Einzelhaft gehalten wurde. Leonard wurde verurteilt und das aufgrund falscher Aussagen und der Rassenvorurteile der Geschworenen und des Richters. Er wurde wegen Mordes ersten Grades zu zwei lebenslangen Haftstrafen verurteilt und befindet sich nun im Zuchthaus in Marion. Leonards Anwälte haben mittlerweile eine 2255 Seiten dicke Akte angelegt, um ein Neuaufrollen des Falles zu erreichen. Aber die Regierung hat bisher noch keine Entscheidung über eine Neuaufnahme des Falles getroffen, vielmehr wird die Entscheidung von der Regierung selber verschoben. Am 1. Oktober 1982 erhielten Leonards Anwälte die Nachricht,

daß sich die Antwort weiterhin verschoben würde. Das National Defense Committee erklärte, daß die Regierung z.B. nichts zu tun gedenkt. Wir hoffen auf eine baldige Antwort, entweder ein neuer Prozess oder eine Verlegung des Gerichtsortes. In Verbindung mit Leonards Kampf wurden Dino und sein Bruder Gary verhaftet, und in neun Anklagepunkten für schuldig befunden; darunter auch das Abfeuern einer gefährlichen Waffe innerhalb einer Stadtgrenze. An ihrer Verhandlung nahmen sie nicht teil, da man ihnen



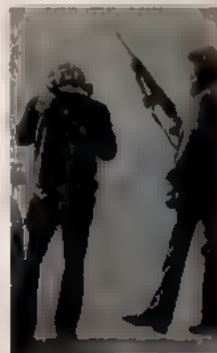
verweigert hatte, eine Pfeife mit in den Gerichtssaal zu nehmen. Sie wurden in Ketten gehalten und traten für ihr Recht in einen Hungerstreik. Weitere Informationen über Dino und Gary gibt es bei Society of the People Struggling to be Free, Station K, P.O. Box 69092, Vancouver, B.C., CANADA.

1978 wurde der Gefangene Standing Deer von der Regierung ausgesucht Leonard zu töten. Aber statt der Regierung zu helfen informierte Standing Deer Leonard. Dieser

und zwei andere indianische Aktivisten, Daele Thunderchild und Bobby Garcia flüchteten.

Als Thunderchild sich freiwillig stellte, wurde er ermordet. Auch Garcia wurde, als er festgenommen war, im Gefängnis Torre Haute ermordet. Angeblich hatte er sich, wie Carl Harp und George Simmons (amerik. Anarchisten, wurden im letzten Jahr ermordet), erhängt. Leonard war fünf Tage auf freiem Fuß.

Seit Standing Deer den staatlichen Mordplan bekanntgab wurde er in verschiedenen Gefängnissen hin und her verlegt, so daß seine Freunde um sein Leben fürchteten. Er befindet sich nun in Marion und beteiligt sich dort an dem z.Z. stattfindenden Arbeiterstreik.



Auch Winston Holloway wird seit der Zeit, da er Standing Deer und Bobby Garcia geholfen hat, von Loch zu Loch verschoben. Weil eine Bombe in seiner Zelle explodierte, kam er in Isolationshaft.

Alan Iron Moccasins wurde im Januar 1982 wegen Totschlages verurteilt, obwohl die Blut-

und Haarproben, die ihm entnommen wurden negativ waren. Wahrscheinlich sitzt er, weil er ein guter Freund Leonards ist.

Helfen kann man den Leuten, indem Amnesty International mit der Forderung überschüttet wird, Leonard in die Liste der politischen Gefangenen aufnehmen.

Angela Wright, Amnesty International, 10 Southampton St., London WC2E 7HP, ENGLAND.

Weitere Adressen der Gefangenen hat die AKTION.

Aus STRIKE!, Kanada.

Fortsetzung von Seite 11

ein Gespräch

Aktion:
Hast du bestimmte Voreinstellungen, wie das funktionieren kann, wie so eine Selbstorganisation aussehen kann?

Aschur:
Also in der Praxis, erstmal weg von diesen Großgebilden, von so riesen großen Staaten, wo oben, an der Spitze eine Regierung oder ein Parlament sitzt, das alles entscheidet. Die Selbstbestimmung hängt von unten an, in meinem Wohnbereich, in meinem Arbeitsbereich. Um beim Arbeitsbereich zu bleiben, bedeutet dies natürlich, daß diese herkömmliche Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft werden muß, weil es ein unaufhebbarer Gegensatz ist, daß einer Eigentumstitel auf eine Fabrik oder Maschinenansammlung hat und die anderen für ihn zu arbeiten haben. Das passt nicht zusammen. Also, Abschaffung von Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung für Selbstbestimmung der Lohnabhängigen und der arbeitenden Menschen. Das selbe natürlich auch im Wohnbereich. Das Privateigentum an Miethäusern verhindert natürlich, daß die Mieter selbst bestimmen. Also Überlassung dieser Wohnhäuser in Selbstverwaltung der Bewohner.

Aktion:
Letztendlich läuft das auf die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über andere hinaus, genauso auf die Auflösung von Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen...

Direct Action: Bombing the Bombers

In der Nr 5/82 berichteten wir über den Anschlag der Directe Action auf die ABC-Hydro Station in Kanada. Ende des Jahres schlug die D.A. wieder zur 550 Pfund Dynamit kippten der LITTON-Ind., einem Produzenten der CRUISE MISSILE-Atomraketen, die Vorderfront ihrer Fabrik in Toronto herunter. Leider wurden durch die Leichterfertigkeit der Polizei und des Litton-Sicherheitsdienstes 7 Personen verletzt. Für uns in der BRD ist die Richterstattung in den großen

kanadischen Tagesexzitationen sehr interessant: Beschreibung der inhaltlichen Auseinandersetzung der Anarchisten über den Anschlag. So veröffentlichte die 139 Jahre alte "The Globe and Mail" auf der ersten Seite die Schlagzeile: Debatte über Taktik wiedereröffnet - Anarchisten und die Litton Bombe. Eine weitere viertel Seite folgte weiter hinten in der Zeitung. Eine MILITÄR-TERRORISTENHYSTERIE ala Gornoy scheint dort (noch) fremd.

Aschur:
Genau, Du sagst es. Das ist die zentrale Forderung, die ich nach wie vor stelle. Es geht nicht nur um die Ausbeutung, es geht darum alle Formen von Herrschaft von Menschen über Menschen radikal abzuschaffen. Praktisch ist das mit Selbstorganisation Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Betroffenen in all ihren politischen und sozialen Bereichen die Antwort auf Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen, die es abzuschaffen gilt.

Aktion:
Gerade die Abschaffung der Herrschaft und die Abschaffung der Lohnarbeit sind ja die Grundlagen des Anarchismus oder des libertären Sozialismus. Du hast dich sehr stark gemacht für die alternative Liste (im Gegensatz zur Grünen Partei). Wie läßt sich das für dich verbinden... einerseits 'ne Beteiligung an einem Machtspiel, eben im Parlament und andererseits dein Streben nach einer herrschaftlosen Gesellschaft.

Aschur:
Na ja, ich muß ja von dem ausgehen, was heute real existiert um da überhaupt mitmischen zu können. Ich muß mich irgendwie in einer Form dazu verhalten. Da verhält ich mich folgendermaßen: Ich deklariere immer die Priorität von außerparlamentarischen Kämpfen gegenüber jedweder Form von Parlamentsarbeit. Aber ich kann heute, in der augenblicklichen Situation das Parlament nicht ignorieren. Erstens deshalb weil die Massen auf dieses Parlament fixiert sind und zweitens, weil dort real ein Teil von Macht abläuft. Ich kann mich davon abstrahieren, dann andere ich aber nicht, daß dort tatsächlich Macht

ausgeübt wird. Und ich will mich doch schon in dieses Spielchen hereinbegeben, um da in meinem Sinne mitzumischen. Es sind eigentlich vordergründige Argumente warum ich ja zur Beteiligung an der Parlamentsdiktatur sage.

Aktion:
Siehst du da nicht 'ne Gefährdung der außerparlamentarischen Arbeit, wenn man sich am Parlament beteiligt? Ich hatte da so das Gefühl bei der Beteiligung der Grünen an der Hessenwahl in Bezug auf die Startbahn West. Sehr viele Leute, die gerade gemerkt haben, wenn wir selbst nichts tun, dann passiert nichts, die rausgegangen sind auf die Startbahn, daß die sich durch die Beteiligung der Grünen und durch den zu erwartenden Einzug der Grünen ins Parlament, haben verträuten lassen.

Aschur:
Ja, Manche, aber das waren nicht sehr viele. Ich glaube, im großen Ganzen gesehen bringt es nicht einen Antriebs sondern einen Auftrieb, gerade auch für die außerparlamentarische Bewegung. Sie weiß wir haben doch Leute da, die unsere Ansprechpartner auch in Wiesbaden oder Bonn sind.

Aktion:
Nun ja...

Aktion:
Ja, das hätte dann selbst für die Anarchisten oder libertären Sozialisten bedeutet, daß sie ihre uralten Postulate wie dem Antiparlamentarismus fallen lassen müßten. Oder gleichzeitig hätte es bedeutet, daß sie versuchen müßten, potent zu bleiben, in dem sie sich an der Strömung quasi beteiligen müßten, sonst würden sie weiter unbedeutend bleiben.

Aschur:
Ich würde das letzte nicht so sagen, nicht seine antiparlamentarischen Ressentiments aufgeben, das meine ich gar nicht. Wir haben immer betont, daß wir zum Parlamentarismus, wie er praktiziert wird, ein sehr distanzierendes Verhältnis haben. Aber ich muß erkennen, daß das ein Teil von Machtpoker abläuft, dh. wenn ich mich davon ausschließe, dann bestimmen andere über mich. Das ist für mich der vordergründige Aspekt.

Aktion:
Also gezwungenermaßen sich an etwas beteiligen, was man eigentlich ablehnt.

Aschur:
Ja, um die Entwicklung auch in eine andere Richtung zu bringen, im Parlament die Stimme für Selbstorganisation und gegen abgehobene Stellvertreterpolitik zu ergreifen, wie sie im Parlament ja allenthalben betrieben wird.

Aktion:
Von der Parlamentsdiskussion können wir jetzt ein Stück weiter kommen. Wie siehst du die Rüstungspolitik der USA, bzw. der NATO als solche und in Anbetracht des Baus der Startbahn 18 West?

Aschur:
Zum ersten Teil der Frage, im höchsten Maße negativ und ein ungeheurer Bedarf an Widerstand ist da. Es besteht auch im zweiten Teil der Frage ein enger Zusammenhang zwischen NATO-Ausrüstungspolitik und dem Bau der Startbahn West. Das ist ja beim Kongressauschuß in den USA sehr deutlich geworden, wo ein namhafter NATO-Militär gesagt hat, daß der Ausbau des Frankfurter Flughafens, wie er sich ausdrückte, zum Heranrück der Verteidigungsplanung der NATO gehöre. Und zwar deshalb, weil sie dann in Krisenzeiten ein großes Maß an Start- und Landkapazitäten haben. Weil sie dann in sehr kurzer Zeit riesige Massen von Menschen und Militärgut von den USA nach Europa schaffen können. Aus diesem Grunde, wie es ja auch ganz offen gesagt wurde, besteht also ein besonderes Interesse der NATO an diesem Bau der Startbahn West. Soweit man diesen ganzen militärisch-industriellen Komplex überhaupt noch unter Gesichtspunkten von Rationalität betrachten kann, ist das der einzige rationale Gesichtspunkt, den man für die Startbahn West überhaupt noch anführen kann. Der Rückgang des Zivilluftverkehrs würde ja eher dafür sprechen, diese Ge-

schichte schnellstmöglich abzublenden. Aber der süße Wille, mit dem daran festgehalten wird, zeigt ja, daß es da militärische Gesichtspunkte gibt. Wichtig erscheint mir jetzt, daß der Widerstand, also gegen diese Rüstungs-, Nachrüstungs- oder wie immer zu bezeichnende Wehrstrategie jetzt verstärkt wird, gerade in Anbetracht der drohenden Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen. Das bedeutet, daß an diesen Orten der Stationierung eine Infrastruktur des Widerstandes aufgebaut werden muß, wie wir sie an der Startbahn West aufgebaut hatten, im Vorfeld der harten Auseinandersetzung.

Aktion:
Ja, quasi als notwendige Vorbereitung um überhaupt präsent zu sein.

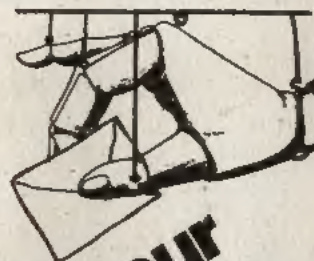
Aschur:
Ganz genau.

Aktion:
Wir sind langsam am Ende unseres Fragebogens angelangt! Wie denkst du über 1983 und die Zukunft? Bahro prophezeit die Apokalypse; bei den Grünen klappt es nicht mit dem Transmissionsriemen zwischen der Basis und den Abgeordneten, bei den anderen Parteien das Übliche, wir Anarchisten sind unbedeutend; und wie siehst du den ganzen Zirkus?

Aschur:
Das Jahr 1983 wird zweifellos geprägt sein auf die drohende Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen. Das also wird unser Leben im höchsten Maße beeinflussen, so sehe ich das, weil ich darin eine unmittelbare Vorbereitung für Planungen in Washington sehe. Ein Atomkrieg wird nicht nur denkbar, sondern auch führbar und wie die sich das denken, auch den gewinnbar zu machen...

Die Verhinderung dieser Waffen und ihre Stationierung sollte eine ungeheure Priorität haben. Das sehe ich, soweit man voraus sehen kann, als das zentrale Ereignis. Die zweite Frage wird natürlich sein, wie das politische Spielchen hier in der BRD weitergebracht wird. Da wird natürlich der G. Mrs. auch schon eine Bedeutung haben. Werden es die Grünen schaffen ins Parlament reinzukommen, und wenn ja, was werden sie dann dort entwickeln?

If Voting Could Change The System... It Would Be Against The Law.



Spoil Your Ballot!



DIE BAUMWOLLPFLÜCKER

Dieser Roman trägt unverkennbare autobiographische Züge des Autors B. Traven. Gales, ein mittelloser, durch die Welt trampender Gelegenheitsarbeiter, erzählt in der Ich-Form seine Erlebnisse als Baumwollpflücker, Bäcker, Viehtreiber und Kellner im Mexiko der dreißiger Jahre. Überall wo er hin kommt sieht er das gleiche Bild, unmenschliche Arbeitsbedingungen und geringer Lohn. Wir haben einen Ausschnitt aus dem Buch gewählt, in dem gerade ein Streik in einem Café - Haus stattfindet ... der Besitzer ist auf dem Weg zum Gewerkschaftslokal um über die Forderungen der Kellner zu verhandeln. Wer die ganze Geschichte lesen will: B. Traven, die Baumwollpflücker, rororo Taschenbuch Nr. 509, 5, 80 DM.

Señor Doux schluckte, als er den kleinen Raum des Sekretärs betrat. Er hatte beobachtet, dem Sekretär gleich fest in die Augen zu sehen; aber er kam nicht dazu. Dann hinter dem Sekretär war über die ganze Wand eine Fahne, zur Hälfte rot, zur anderen Hälfte schwarz, gespannt, und darüber stand in dicken Lettern: Proletarios del mundo, unidos (Proletarier aller Länder, vereint euch!).

Das meinte Señor Doux ganz und gar verwirrt. Er hatte plötzlich den Eindruck, als ob da vor ihm nicht der Sekretär sitze, sondern alle Kellner der ganzen Welt ihn wütend anblickten. Seine Stimme, die so fest sein sollte, klang recht zaghaft, als er rief sagte: «Guten Tag, ich bin Señor Doux vom Café La Aurora.»

«Gut. Setzen Sie sich. Was wünschen Sie?» fragte der Sekretär. «Ich möchte gern wissen, ob Sie veranlassen können, daß mein Café wieder geöffnet wird.»

«Das können wir veranlassen», erwiderte der Sekretär. «Sie brauchen nur die Bedingungen zu erfüllen.»

«Oh, ich bin bereit, alles zu bewilligen, was die Kellner fordern.» Der Sekretär nahm einen kleinen Zettel, warf einen Blick darauf und sagte: «Die Forderungen sind nicht mehr die gleichen, die gestellt wurden, als die Kellner Ihnen die Mitteilung machten.»

«Nicht mehr die gleichen?» schluckte Doux erschrocken.

«Nein. Es sind fünfzehn Pesos die Woche», sagte der Sekretär geschäftsmäßig.

«Die forderten aber nur zwölf.»

«Das ist leicht möglich. Aber dann wurde gestreikt. Und Sie verlangen doch nicht etwas, daß die Leute umsonst streiken. Jetzt macht es fünfzehn. Hätten Sie gleich bewilligt, wäre es bei zwölf geblieben.»

«Gut», erwiderte Doux, sich aufrichtend, «ich bewillige die fünfzehn Pesos.»

«Freitag ist Zahlung. Freitags für die ganze Woche. Diese unpünktlichen Zahlungen können wir nicht mehr zulassen.»

«Aber das kann ich nicht so ohne weiteres tun. Wir haben das immer so gemacht, daß wir zahlten, wenn wir das Geld eben gerade dazu frei hatten.»

Der Sekretär sah auf: «Was Sie immer getan haben, geht uns nichts an. Wir bestimmen, was Sie von nun an zu tun haben. Mit dieser alten Wirtschaft, wie sie Hunderte von Jahren bestanden hat, wollen wir nun endlich ein Ende machen. Da ist die Arbeit, hier ist der Lohn. Ebenso pünktlich, wie Sie die Arbeit von den Leuten verlangen, haben Sie den Lohn zu zahlen!»

«Das wird aber schwer gehen», verteidigte Doux seine Position. «Dann fehlt mir oft das Geld für Einkäufe.»

«Das kümmert uns nicht. Löhne gehen vor, sonst fehlen den Leuten die Pesos, um ihre Einkäufe zu machen. Und wir denken, es ist besser, daß Ihnen das Geld für Einkäufe fehlt als den Arbeitern.»

Señor Doux atmete schwer. «Aber am Sonnabend ist doch erst die Woche um. Warum soll ich die Freitag schon den Lohn zahlen?»

«Warum? Warum? Ist Ihnen denn das nicht klar?» Der Sekretär tat ganz erstaunt. «Der Arbeiter borgt Ihnen ja sowieso schon fünf Tage Lohn. Er gibt Ihnen seine Arbeitskraft fünf volle Tage, wäh-

rend Sie mit dem Kapital Geschäfte machen. Wie kommt denn der Arbeiter überhaupt dazu, Ihnen fünf Tage Arbeit zu borgen? Eigentlich sollten Sie Montag früh im voraus für die ganze Woche bezahlen, das würde sich gehören. Aber so weit wollen wir nicht gehen.»

«Gut, also damit bin ich auch einverstanden. Auch mit dem einen Volleuten und dem Kaffee mit Zugelack. Dann ist ja wohl das alles in Ordnung?» Señor Doux stand auf. «Setzen Sie sich nur noch einen Augenblick», lud ihn der Sekretär ein. «Da sind noch einige Nebensachen zu erledigen. Die Streiktagessummen Sie bezahlen.»

«Ich? Die Streiktagessummen?» schrie Doux. «Ich soll auch noch die Faulenzerei bezahlen?»

«Streik ist keine Faulenzerei. Und wenn bei Ihnen gestreikt wird, müssen Sie den vollen Lohn weiterzahlen. Streik ist auch Arbeit. Sonst könnten Sie alle, die ganzen Hotelbesitzer und Kaffeehausbesitzer, uns ja zu einem langen Streik treiben, um unsere Kassen zu zerstören, so daß wir nie wieder streiken könnten. Nein, Señor, darauf lassen wir uns nicht ein. Der Streik wird von uns finanziert. Wir sind nur die Leihbank für die Arbeiter. Aber zu zahlen haben Sie den Streik. Sie haben ja Zeit, reichlich, sich zu überlegen, ob Sie es zum Streik kommen lassen wollen oder nicht. Die Kriegskosten muß der bezahlen, der den Frieden braucht, um wieder Geschäfte zu machen.»

«Das ist die größte Ungerechtigkeit, die mir je vorgekommen ist», rief Doux.

«Ich will Ihnen nicht die Ungerechtigkeiten hier vorzählen, die Sie und Ihregleichen jahrelang an Ihren Leuten verübt haben», sagte der Sekretär.

«Es bleibt mir wohl nichts anderes übrig, ich muß auch das bezahlen», gestand Doux nun kleinlaut.

«Am besten gleich heute», erklärte der Sekretär, «denn morgen kostet es bereits einen Tag mehr.»

«Dann werde ich noch vor fünf Uhr herkommen und alles bezahlen», sagte Doux und erhob sich abemals.

«Bringen Sie aber etwas mehr mit», warf der Sekretär ein, während er sich gleichfalls erhob.

«Noch mehr?» fragte Doux erschrocken.

«Ja, ich denke, Sie wollen doch das Café schon jetzt geöffnet haben und nicht erst nach zwei Monaten.»

«Ist denn das nicht damit verbunden, wenn ich alles bewillige?» Señor Doux wurde ganz nervös.

«Keineswegs», erwiderte der Sekretär. «Das Schließen des Lokals hatte andre Gründe als den Streik. Das wissen Sie wohl recht gut. Sie haben den Inspektor aufgefordert, den Streikposten einen Denkkzettel zu geben.»

«Das habe ich nicht getan», wehrte sich Doux.

«Wir sind darüber anderer Meinung. Es ist jedenfalls in Ihrem Lokal geschehen, und Sie sind für die Vorgänge in Ihrem Lokal verantwortlich. Sie konnten es leicht verhindern, daß so etwas vorkommen konnte.»

«Dann sagen Sie doch schon, was ich noch zu tun habe», drängte Doux.

«Sie haben zehntausend Pesos in die Kasse unserer Syndikates zu zahlen als Bürgschaft. Sobald Sie die Summe eingezahlt haben, werden wir für Sie die Garantie übernehmen, und dann kann das Café geöffnet werden, und die Siegel werden abgelöst.»

«Zehntausend Pesos soll ich zahlen?» Señor Doux war wieder in den Stuhl gefallen. Der Schweiß brach ihm aus.

«Sie brauchen es nicht zu bezahlen. Wir zwingen Sie nicht. Dann bleibt das Café zwei Monate geschlossen.» Der Sekretär wurde ganz trocken und kaufmännisch. «Natürlich haben Sie nach zwei Monaten die Löhne für die Kellner für die vollen zwei Monate nachzuzahlen. Die können doch nicht verhungern. Und wir können Ihnen leider nicht erlauben, andere Arbeit anzunehmen, weil sie sich bereithalten müssen, bei Ihnen wieder anzukommen, sobald Sie öffnen. Wir können doch nicht zugeben, daß Sie eines Tages, wenn Sie öffnen wollen, keine Kellner haben und vielleicht geschäftlichen Schaden erleiden. Und damit Sie gleich im klaren sind, ein für allemal: Es ist nicht unsere Absicht, das Geschäftsleben zu vernichten oder auch nur zu stören. Durchaus nicht. Aber es ist unsere Absicht, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter von dem, was er produziert, nicht nur einen angemessenen Anteil erhält, sondern den Anteil, der ihm zukommt bis zu der höchsten Grenze, die das Geschäft tragen kann. Und diese Grenze ist viel höher, als Sie glauben. Damit beschäftigen wir uns augenblicklich besonders eingehend, die Tragfähigkeit jedes Arbeitszweiges zu errechnen. Arbeitszweige, die dem Arbeiter nicht so viel einbringen, daß er ein Leben führen kann, wie es einem Menschen von heute zukommt, sollen zugrunde gehen. Dabei wollen wir helfen. Und wenn solche Arbeitszweige wichtig sind für die Allgemeinheit, dann werden wir dafür sorgen, daß die Allgemeinheit dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet. Daß Ihr Café für die Allgemeinheit so sehr wichtig wäre, bestreite ich. Aber es ist nun einmal da. Und solange Sie es benutzen, Ihr Vermögen zu vergrößern, bringt es auch genügend ein, um anständige Löhne zu zahlen. Wenn Sie nichts mehr verdienen können, werden Sie schon von selber zumachen. — So, das habe ich Ihnen gesagt, damit Sie nicht denken, wir sind Eressor. Nein, wir wollen nur, daß die Leute, die Ihnen ein Vermögen produzieren, den Anteil bekommen, auf den sie ein Recht haben. Für Sie bleibt noch genug übrig.»

Señor Doux hatte das schon nur zur Hälfte verstanden. Er saß völlig verstockt. In seinem Kopfe sturten nur immer jene zehntausend Pesos herum, die er da auf den Tisch legen sollte. Er traute sich nicht, ja zu sagen, aus Angst vor seiner Señora. Aber ebensowenig traute er sich, ein glattes Nein hier hinzuworfen, gleichfalls aus Angst vor der Señora. Er wußte ja nicht, was sie vorziehen würde. Jeder Tag Zögerung kostete Geld. Schließlich kam es auf mehr heraus als auf diese zehntausend Pesos, wenn er zwei Monate geschlossen halten mußte und dann außerdem die Löhne nachzuzahlen hatte. So arbeitete er mit den Summen in seinem Kopfe, bis er halb verrückt wurde.

Er stand auf und sagte: «Ich werde es mir überlegen.»

Er verließ das Büro, ging die Treppe hinunter und trat auf die Straße.

Er wischte sich den Schweiß und schnappte nach Luft. Dann machte er sich auf den Heimweg. Dabei kühlte er ab und fing an, die Sache ruhig zu überlegen. Er rechnete auf einem Papierstückchen hin und her und kam endlich zu der Überzeugung, daß es billiger sei, sofort alles zu bezahlen.

Nun aber Señora Doux. Ging er erst heim, so gab es die furchtbaren Kämpfe. Sagte er ein bündiges Nein, würde sie sagen: «Warum hast du nicht ja gesagt?» Umgekehrt hätte sie gesagt: «Warum hast du nicht nein geantwortet?» Er konnte in diesem Falle tun, was er wollte, er würde es ihr nie recht machen, denn es kostete Geld, und zwar reichlich Geld. Und in allen Dingen, die Geld kosteten und nicht das Doppelte einbrachten, gab es Krakeel. Endlich aber packte ihn ein stolzer Mannesmut, einmal seinen Willen ganz allein, und ohne seine Frau zu fragen, durchzusetzen. Und er dachte das am besten in der Weise zu tun, wenn er eine Entscheidung traf, die sie in die heißste Wut treiben mußte. Und das war, sofort zur Bank zu gehen, das ganze Geld, das nötig war, abzurufen und sofort wieder, ohne auch nur seine Frau zu sprechen, zum Büro zurückzugehen und alles glatt zu bezahlen.

Elise hatte Stunde später war er im Büro, zahlte hundert Pesos, der aufgesetzt war, und dann sagte ihm der Sekretär: «Abends um sieben dürfen Sie Ihr Café wieder aufmachen. Ich werde dafür sorgen, daß Ihnen bis dahin das Aufhebungsprotokoll zugestellt wird.»

Señor Doux faltete die Quittungen zusammen, nachdem die Steuermarken draufgeklebt waren, und sagte dann: «Ich habe nur eine kleine Einwendung zu machen.»

«Ja?» fragte der Sekretär.

«Ich soll doch jetzt die Löhne freitags zahlen für die ganze Woche?»

«Allerdings», erwiderte der Sekretär.

«Was dann aber, wenn der Mann am Sonnabend nicht wiederkommt?»

Dann hat er ja einen Tag Lohn, mit dem er fortgefahren ist.»

«Sollen Sie mal an», sagte der Sekretär lächelnd, «wie gut Sie rechnen können. Das hätte ich gar nicht von Ihnen erwartet. Sie sind ja bisher den Leuten manchmal sechs Wochen lang mit dem Lohn davongelaufen, nicht nur mit einem Tag, nein, mit sechs Wochen Lohn.»

«Aber die Leute haben doch dann immer ihren Lohn bekommen, und ich bin ihnen doch sicher.» Señor Doux warf sich in die Brust.

«Ob Sie so sicher sind, ist noch sehr die Frage. Sie können ja unterhandelt verkaufen und laufen davon mit den stehenden Löhnen. Aber das kommt vielleicht nicht vor. Was aber vorkommt, das ist, daß Sie immer einige Wochen lang die Löhne festhalten und mit diesem Gelde, das den Kellnern gehört, Geschäfte machen, ohne den Leuten Zinsen dafür zu zahlen. Wie kommen die Leute dazu, Ihnen Geld kostenlos vorzustoßen? Das wird nun aufhören. Sie können noch froh sein, daß wir nicht anordnen, die Löhne werden Mittwochabend für die ganze Woche bezahlt, so daß also das Risiko auf halb und halb geht. Lassen wir es bei Freitag. Wenn Sie anständig zu den Leuten sind, läuft Ihnen schon keiner mit dem einen Tag Lohn davon. Und sollte es wirklich einmal eintreten, so werden Sie daran nicht zugrunde gehen. Also diese Frage ist nun geklärt. Besser, Sie besinnen sich, daß Sie bis um sieben mit allem fertig sind und Ihre Gäste aufriedenstellen können.»

Señor Doux verließ das Büro und ging heim.

DRUCK- COOPERATIVE

VON BRUCHEN ALLES (1111111111)
 Von Theobald bis zum Viertel-
 Punkt. Die 4 1 1
 Von der Schickelung bis zum
 Buch 1

Klasspreistr. 27

75 Karlsruhe
Tel. 27525

Wir drucken Layout, Drift,
 Gestaltung von Plakaten
 und Bucharbeiten.

Gedanken zur Abschaffung der Erziehung

"Neill, Freinet, Summerhill, Waldorf, Tvind"-Namen und Stichwörter aus dem Bereich der "Alternativpädagogik"- einer Form der Erziehung, deren Ziel es ist, Kinder auf möglichst freihheitliche Art zu erziehen. Unterschiede zur bürgerlichen Pädagogik sind dabei unverkennbar. Aber diese Differenzen beziehen sich ausschließlich auf die formale Seite der Erziehung, auf die Art und Weise, wie erzogen wird. Ausgangspunkt bei allen denkbaren pädagogischen Richtungen ist immer die sogenannte "pädagogische Einstellung"- das Betrachten des Menschen als ein erziehungsbedürftiges Wesen. Genau an diesem Punkt aber setzt die ANTI-PÄDAGOGIK ein, deren Grundthesen ich im folgenden grob skizzieren will.

- a) Der Mensch wird als erziehungsbedürftig betrachtet. D.h. als ein Wesen, das ohne Hilfe der Erziehung nicht in dieser Gesellschaft überleben kann. Bei der Erziehung wirkt dann die "Bewußte und zielgerichtete Verhaltensänderung" des Pädagogen und hilft dem Kind somit unter seiner Anleitung zu überleben.
- b) Erziehungsziele entstehen aus der jeweiligen pädagogischen Richtung, sowie aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang und der zeitlichen Epoche.
- c) Das pädagogische Verhältnis zwischen Erzieher und zu Erziehenden wird in der Regel durch die Unmöglichkeit des Züglings, sich der Erziehung zu entziehen geprägt.

Der einzige Unterschied, der zu bürgerlicher Pädagogik besteht, ist die Länge der "Leine", die sie den zu Erziehenden läßt. f) Erzieherische Situationen finden in der Regel in einem hierarchischen Verhältnis statt. Bei jeglicher Art der Erziehung ist die Macht von Menschen über Menschen impliziert.

II. DIE KRITIK DER ANTI-PÄDAGOGIK

Nach Meinung der Antipädagogen wird durch die obengenannten Voraussetzungen die Subjektivität und Individualität des Menschen zerstört. Jeder erzieherische Akt wird deshalb als "Kleiner Mord" bezeichnet. Schon die Rechtferti-

gung des Begriffes der Erziehungsbedürftigkeit ist unnötig und tautologisch. Die Kinder werden von lernen wollenden Menschen zur erziehungsbedürftigen und formbaren Masse degradiert. Die Aktivität und das Subjektsein wird dabei zur Passivität und zur Objektkontrolle vermindert. Wenn Erziehung als "Bewußte und zielgerichtete Verhaltensänderung" verstanden wird, kann der Erzieher nie mit der jeweiligen Individualität eines Menschen zufrieden sein, denn er will ja immer das Verhalten ändern. Der springende Punkt dabei ist, daß diese Änderung in den wenigsten Fällen so klappt, wie es sich der Pädagoge vorstellt. Hieraus wird aber wiederum die Erziehungsbedürftigkeit abgeleitet und begründet, so daß jegliche Pädagogik sich im Grunde genommen kreisförmig nur durch sich selbst rechtfertigt.

Folgen davon sind die perversen und grausamen Erziehungsmittel der sogenannten "schwarzen" und "weißen" Pädagogik. Es ist unglaublich, was für Methoden sich Pädagogen schon ausgedacht haben, um Kinder ihrem Willen zu unterwerfen- sie zu "entselbsteten". Diese Methoden brauche ich wohl hier im Einzelnen nicht aufzuzählen, denn jeder von uns ist oder war Opfer davon. Sie reichen von körperlicher Folter über psychische Qualereien, bis zur institutionalisierten Kollektivbestrafung. Je liberaler die Zeit ist, desto unsichtbarer werden diese Bestrafungsformen. Die Gründe warum aus Eltern, Lehrern usw. plötzlich Folterknechte werden, liegen dabei in der Kompensierung der eigenen Erziehung dieser Personen. Waren sie die ganze Zeit Unterlegene in der hierarchischen Erziehungsskala, so sind sie nun

an der Spitze.

Aus Kinder werden Eltern, aus Schülern werden Lehrer, aus Lehrlingen werden Meister. Die Situation ist jetzt genau umgekehrt. Mühte man die ganze Zeit erzieherische Maßnahmen erdulden und ertragen, kann man jetzt selber erziehen, Macht ausüben, sämtliche aufgestauten Aggressionen an hilf- und wehrlosen Kindern ablassen. Besteht diese Möglichkeit aus Mangel an Opfern nicht, so erfolgt ziemlich häufig eine Selbstzerstörung durch Drogen, Religionen, Selbstmorde.... Die Rochiusst an selber erlebten Maßnahmen wird jedoch in der Regel befriedigt und sei es an

Die beste Investition für unsere gemeinsame Zukunft



22 Millionen Menschen, die arbeiten.



sich selber! Es entsteht ein Kreislauf, den die Antipädagogen zu durchbrechen versuchen. Dies ist allerdings, meiner Meinung nach ein Schwachpunkt der Antipädagogik, den es unbedingt zu verbessern gilt. Voraussetzung für einen Ausweg aus diesem Dilemma ist auf jeden Fall die kritische Reflexion der eigenen Kindheit, die Überprüfung, welche erzieherische Maßnahmen in der eigenen Kind-

heitungswendete worden sind. Doch wer hat schon die Möglichkeit längst kompensierte Ängste rational zu erfassen? Dazu bedarf es meiner Meinung nach einer besonderen inneren Bereitschaft, großer Geduld und der Möglichkeit mit Leuten, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben dies zu erzählen. Eine andere Möglichkeit wäre die sogenannte "Entmythologisierung des Kinderwunsches" die ehrliche Antwort auf die Frage, warum der Wunsch besteht Kinder zu bekommen, Lehrer zu werden.... An diesem Punkte haben sich Erwachsene jedoch meist schon eine solche Menge von Gründen und Rechtfertigungen zugelegt, so daß oft der eigentliche Grund im Dunkel bleibt. Fragt man Kinder nach ihrem Motiv selbst einmal Kinder zu bekommen, erhält man dagegen spontane und ehrlichere Antworten! "Damit ich nicht so alleine bin... Damit ich jemanden zum helfen habe...." waren die meist genannten Antworten in einer Umfrage in Grundschulklassen. Niemand hat den Selbstzweck der Kinder genannt. Wie sollen jedoch Menschen, die als Kinder schon solche Ansichten anerzogen bekommen haben, später von dieser eingefahrenen, jedoch etwas subtilen Meinung abkommen?

III. ZUR DISKUSSION

Da ich diesen Artikel als Diskussionsanregung verstehe, möchte ich außer dem eben erwähnten mir noch einen weiteren mir unklaren Punkt ansprechen. "Linke" Kritik an der Antipädagogik geht von der gesellschaftlichen Dimension der Erziehung aus, die ja bekanntlich darauf abzielt brauchbare Staatsbürger zu schaffen und damit integrativ zu wirken. Aufgabe von uns kann es deshalb nicht sein, Erziehung an sich zu

Was passiert bei erzieherischen Handlungen und woher nehmen sich die Erzieher eigentlich das Recht in einer solchen Art der Macht ausübung Menschen zu formen?

1. DIE BÜRGERLICHE PÄDAGOGIK UND DIE ALTERNATIVPÄDAGOGIK

Um das Anliegen der Antipädagogik verstehen zu können, bedarf es zunächst einer allgemeinen Klärung und Charakterisierung des Begriffes "Pädagogik".

Er hat nur die Wahl, erzieherische Anweisungen zu befolgen, was Lob nach sich zieht und ihn in seiner Handlung bestätigt, oder nicht zu befolgen. In diesem Falle folgen Sanktionen und die Verunsicherung des zu Erziehenden in der Richtigkeit seiner Verhaltensweise.

d) Erziehung findet praktisch überall statt. Sei es in einem institutionellen Rahmen wie z.B. Schule, Uni, Kindergarten usw. oder außerinstitutionell in der Familie, Wohngemeinschaft...

e) Die "Alternativpädagogik" negiert und kritisiert diesen Zustand in kleinster Weise.



negieren, denn niemand kann sich ihrer entziehen, sondern der staatskonformen Erziehung eine sozialistische Pädagogik entgegenzusetzen. Die Frage für mich ist, ob durch Erziehung, also durch Zwang und Herrschaft von Menschen über Menschen überhaupt libertär denkende Menschen entstehen können, oder ob der Widerspruch zwischen Erziehung und Freiheit dies nicht von vornherein verunmöglicht.

LITERATURHILFE

Zum Schluß noch drei Bücher, die ich für unbedingt lesenswert halte, gleichwohl, ob man sich speziell für das Thema Antipädagogik interessiert oder nicht, denn pädagogische Situationen werden für jeden von uns irgendwann einmal entstehen, oder ob der Widerspruch zwischen Erziehung und Freiheit dies nicht von vornherein verunmöglicht.

- AG-Spek: Lernen geht auch anders. Materialien 39, München 81

{ Gibt als "Reader" einen guten und kurzgefaßten Überblick über Alternativ- und Antipädagogik } 14.-

- Braunmühl, Ekkehard von, Antipädagogik-Studien zur Abschaffung der Erziehung, Weinheim/Basel 80

- Miller, Alice. Am Anfang war Erziehung. Suhrkamp 79

Der Preis beträgt zwar 28,- es existiert jedoch ein Rapdruck für 8,-... davon contact your local dealer....

Gert (Briefe an D. Faller)

Verantwortung für Deutschland

SPD Weiterarbeiten am Modell Deutschland

Regierungsprogramm 1976-80



keine Rolle. Und natürlich muß in dieses Vakuum auf der parlamentarischen Bühne sofort eine neue Schauspieltruppe eintreten, denn "the Show must go on!"

Kein Zweifel, die GRÜNEN kommen irgendwie aus unserer Szene, sind vielleicht alt-68er, arbeiten (oder haben mitgearbeitet) mit in Bürgerinitiativen und sonstigen Basisgruppen. Aber gerade deswegen, weil sie diesem diffusen "Wir" entstammen, haben wir ein spezielles Recht, sie zu kritisieren. Es kann nicht darum gehen, jeden einzelnen GRÜNEN in irgendeine Ecke zu stellen, mit Schablonen zu versehen... Worum es geht, und dies leistet das Titelblatt wirklich "herb", ist, eine Diskussion zu erzwingen "Wißt ihr denn, was ihr tut?"

Im Kasten ist eine kurze Auswahl aus der Geschichte der SPD und der russischen KP wiedergegeben, sie steht nicht umsonst dort. Tatsächlich lassen sich in den Gründungs- bzw. Wachstumsphasen der Parteien reichlich Übereinstimmungen finden. Das Grundscheina ist (vereinfacht): es entwickelt sich eine Massenbewegung; sie breitet sich über mehrere Klassen aus, wird als "Machtfaktor" interessant für Karrieristen und Idealisten. Diese gründen eine Partei und setzen sich auf die Bewegung drauf als neue Führer, bieten der Masse einen zusätzlichen Weg an, über den ihre Ziele angeblich zu erreichen sind, ergreifen die Macht... siehe Kästen!

Auch heute gründen sich Dutzende von

Mitte des 19. Jahrhunderts Entstehung der Arbeiterbewegung.

1863 Lassalle gründet den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein

1869 Bebel und Liebknecht gründen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als deutsche Sektion der Internationalen.

1875 vereinigen sich ADAV und SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

1890 Stärkste Partei im Reichstag. Umbenennung in SPD

1907 Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stuttgart. SPD lehnt Vorschlag der Franzosen zum Generalstreik gegen den Krieg als "Generalunsinn" ab.

1910 Kongreß in Kopenhagen. Französische und englische Sozialisten schlagen internationale

Antikriegskampagne und Generalstreik in der Kriegsindustrie und im Verkehrswesen im Kriegsfall vor. SPD lehnt ab.

1914 SI-Kongreß in Brüssel. Die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten erklären, daß die deutschen Arbeiter marschieren und nicht streiken würden.

1914 Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag.

1919 Noske (SPD Berlin) läßt auf die aufständischen Arbeiter schließen.

seit SPD mit an der Regierung.

1966 Ausbau der "inneren Sicherheit" Atomstaat, NATO-Doppelbeschluß Veranlassungspolitik (Operation '82), durchziehen großtechnologischer Projekte,...



Die Entwicklung einer Partei. Eine Auswahl:

Die kommunistische Bewegung ist schon mehrere Tausend Jahre alt. Entscheidend Bedeutung gewinnen kann sie erst

1917 Februar: Russische Revolution

1917 Juli: mißlungener Aufstandsversuch der Bolschewisten

1917 Oktober: Massenaufstand. Bildung einer Sowjet-Regierung. Schleichende Machtergreifung der Bolschewisten.

1917-21 Krieg gegen die aufständische Ukraine.

1921 Blutige Niederschlagung des Aufstands der Kronstädter Rätebewegung.

Seit 1917 Übernahme und Ausbau der zaristischen Geheimpolizei Ochrana, jetzt unter verschiedenen, öfters wechselnden Namen (Tscheka, NKWD,

KGB)

In den 20er Jahren der ständige Versuch, die europäischen eigenständigen kommunistischen Parteien unter Kontrolle zu bringen.

1936-39 Sabotage der Spanischen Revolution zugunsten der bürgerlichen Demokratie.

1939 Nichtangriffspakt mit dem III. Reich.

1956 Niederschlagen des Aufstands in Ungarn

1968 Niederschlagen des "Prager Frühling"

1970 Niederschlagen des Aufstands in Polen.

Afghanistan, Polen, ...

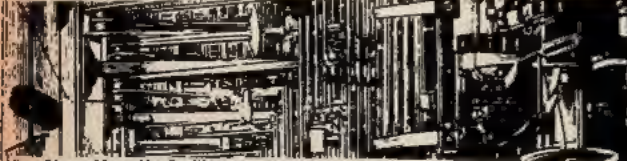
Aufbruch in die Industriegesellschaft

ATOMEXPRESS Nr. 17, Dez. 79/Jan. 80, S. 23:

"Die GRÜNEN - Eine Alternative? Auf keinen Fall!"

"...dabei haben sich Strukturen, Hierarchien und Machtpositionen schon etabliert. Kurzum: es sind Fakten und Sachzwänge geschaffen worden, ohne daß die Bürgerinitiativen sich groß dazu geäußert haben..." (S. 23)

"...Die Atomindustrie selbst und ihre Vertreter in Politik, Wirtschaft und Justiz wollen die Entscheidungen über den Bau von Atomanlagen auf höchster Ebene gefällt wissen.... Je höher die politische Ebene, desto bedeutender der Einfluß von Geld, Macht, Interessenverflechtung und Korruption, desto ausgeprägter die abgehobene, menschenverachtende Einstellung der am Entscheidungsfindungsprozeß beteiligten Personen." (S. 23)



"...Sie sollen die Bevölkerung beruhigen, ihr das Gefühl geben, daß es auch unter unseren höchsten Volksvertretern einige, wenn auch leider wenige gibt, denen die Belange des Umweltschutzes sehr ans Herz gewachsen sind.

Immer dann jedoch, wenn die Situation draußen auf dem Lande, vor Ort, sich zuspitzt, werden diese Umweltschützer in das grelle Licht der Öffentlichkeit gezerzt werden, um die aufgebracht Bevölkerung zu beruhigen. Und sie werden immer wieder klarstellen, daß Umweltschutz nur durch einen ewig dauernden Überzeugungsprozeß, dem irgendwann auch mal die übrigen Politiker erliegen werden, friedlich erreicht werden kann.

Wenn es tatsächlich wieder zu Massenaktionen wie Platzbesetzungen kommt, immerhin sind diese Widerstandsformen ein Grund für unsere (Teil) Erfolge gewesen - worden es dann nicht Grün & Co. sein, die vor Kameras und Mikrofone gebeten werden, um "Stellung zu den Vorfällen" zu nehmen? Werden sie uns nicht "ins Gewissen reden", von solchen Aktionen Abstand zu nehmen?"

ZUM TITELBILD:

Ich habe die Reaktionen von Freunden und Genossen auf das Titelbild getestet und sie fanden es nahezu alle übertrieben und "ausgesprochen herb". Des halb dachte ich, wir müßten genau erklären, was damit gemeint ist und wie wir zu einer solchen Einschätzung der "GRÜNEN" gekommen sind:

Es hat sich, scheint es, herumgesprochen, daß mensch die SPD nicht mehr wählt. Auch DKP und ähnliche spielen



Auch heute gründen sich Dutzende von

